Freitag, 12. Dezember 1924.

Einzelnummer 15 Groschen
mit illustrierter Beilage 30 Gr.

63. Jahrgang. Nr. 286.

Erscheint an allen Werktagen.

Bezugspreis monatl. Zloty
bei der Geschäftsstelle 3.50
in den Ausgabestellen 3.70
durch Zeitungsboten 3.80
durch die Post 3.50
ausschl. Postgebühren
ins Ausland 6 Zloty.
in deutscher Währg. 5 R.-M.

Fernsprecher 6105, 6275.
Tel.-Adr.: Tageblatt Posen.

Posener Tageblatt

(Posener Warte)

mit illustrierter Beilage: „Die Zeit im Bild".

Postscheckkonto für Polen Nr. 200 283 in Posen.

Postscheckkonto für Deutschland Nr. 6184 in Breslau.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis: Petitzeile (38 mm breit) 45 Gr. für die Millimeterzeile im Anzeigenteil 15 Groschen, Reklameteil 45 Groschen. Sonderplatz 50% mehr. Reklamepetitzeile (90 mm breit) 135 gr.

RUBEROID · Dachpappendeckung · Fussbodenbelag · Alleinvertrieb OSKAR BECKER POZNAŃ Św. Marcin 59

Nach der Wahl.

Die Entscheidung für Deutschland ist am 7. Dezember gefallen, als 80% des deutschen Volkes zur Wahlurne schritten, um über sein Schicksal mit einem deutlichen „Ja" oder „Nein" zu entscheiden. Ein klares „Ja" und ein klares „Nein" ward nicht gesprochen, und so bleibt es weiterhin dabei, Kompromisse zu schließen und den Weg zu gehen, den eine kommende Entwicklung erfüllen soll.

Mit großen Mitteln und mit aller Kraft, mit einer noch nie dagewesenen Schärfe wurde der Wahlkampf geführt. Eine große Flut von Papier wurde vertan, eine Unmenge Druckerschwärze verbraucht. Der einzige Erfolg, der erreicht wurde ist der, daß die radikalen Oppositionsparteien erheblich geschwächt in den neuen Reichstag einziehen. Die Kommunisten und die Nationalisten sind nur Splitter noch, und die entscheidende Rolle, die sie manchmal spielen konnten, ist ihnen versagt. Bei einem Volke, das sich entwickeln will, das aus Wirtschaftsnot und seelischer Depression sich emporringen will zu einer Geltung, die ihm gebührt, ist eine zu starke Opposition nie von Vorteil. Obwohl niemals verkannt werden soll, daß eine gesunde Opposition, eine ehrliche und aufrichtige Kritik, nur von Vorteil sein kann.

Das, was bisher erreicht worden ist in dem letzten Jahre, ist groß genug gewesen, die Beachtung der Welt zu erregen. Wir haben gesehen, daß der deutsche Geist nicht gestorben ist, daß die stolze Kraft der Selbstbehauptung nicht verloren ging. Wir haben Beispiele erst vor ganz kurzer Zeit gehabt, die eine ganze Welt aufhorchen ließen, und wir denken an die Großtat des Z. R. III. und seines Führers Dr. Eckner; wir denken an den anderen meist genannten Mann, Flettner, den Erfinder des Rotorschiffes. Das sind nur zwei Beispiele aus der großen Reihe, und Amerikas Sympathie bei der Ueberzeichnung der deutschen Anleihe ist ein weiterer Punkt auf dem Wege, der zu Festigung führt.

Viele Fehler haben die Nachkriegsjahre mitgebracht. Politisch und wirtschaftlich ist manches anders gegangen, wie es hätte gehen dürfen. Durch ein Meer von Elend, Entbehrung und Verzweiflung ist jeder Deutsche gewatet, durch eine Flut von Schimpf und Verleumdung. Aber wie jede Wahrheit um ihrer selbst willen leuchtet, wie jede Wahrheit sich durchringt, sich durchringen muß, wenn die Weltgesetze kein Unsinn sein sollen, ringt sich auch die eine Wahrheit durch, daß Deutschland ein Recht auf Leben hat, daß Deutschland existieren muß, weil es das Herz Europas ist. Und Europa ist lange genug herzkrank, schwer herzkrank gewesen.

Was die neuen Wahlen für Deutschland bedeuten, das wird sich erst zeigen, wenn die neue Regierung in Amt und Würden tritt. Was die Wahlen für das Ausland bedeuten, ist gerade aus diesem Grunde noch nicht klar. Das eine aber bedeuten sie, daß dieses unterdrückte und beschimpfte Volk aus eigener Kraft herauswächst, um sich den Platz zu sichern, der ihm gebührt. Es hat heut der Deutsche wieder begriffen, daß ihn nicht die Unterwerfung rettet, — es hat heut jeder Deutsche empfinden gelernt, daß der Bekennermut das wichtigste ist. Offen die Wahrheit zu sagen, ist besser, als immer klein beigeben. Man kann jeden zwingen, der schwach ist, etwas als Recht zu erkennen, was ein himmelschreiendes Unrecht ist. Aber das sind Methoden, die einst im Mittelalter gebraucht worden sind. Und genau wie Galilei, als er vor seinen Richtern stand, sagte, diese Erde bewegt sich doch um die Sonne, genau so können auch wir sagen, daß wir von dieser und keiner anderen Wahrheit überzeugt sind. Man kann uns zwingen, — mit Gewalt uns zu der Erklärung zwingen, daß schwarz weiß sei, aber man kann uns den inneren Glauben und unsere feste und tiefe Ueberzeugung nicht nehmen.

In den Reichstag ziehen viele neue Männer ein, neben erprobten und nicht erprobten. Mögen sie einziehen in dem Bewußtsein, daß sie ein Stück Geschichte zu erfüllen haben, ein Stück Weltgeschichte, von der kommende Zeiten urteilen werden, wie sie war.

Was uns Deutsche in Polen interessiert, das ist die Frage der Minderheiten. Wir haben kurz vor den Wahlen genau die polnische Presse in Deutschland verfolgen können. Wir haben gesehen, mit welchen Mitteln man Wahlpropaganda gemacht hat. In der „Gazeta Olsztyńska" sahen wir Zeichen einer „hohen" Kultur. Dort konnte man Bilder und Karikaturen sehen, die, wenn sie in Polen gebracht, keinem Menschen durch die Finger gesehen worden wären.

Nur einige kleine Beschreibungen wollen wir hier erwähnen. Da ist ein Bild, in der ein preußischer Wachtmeister, wie ein gemästetes Schwein gezeichnet ist, mit der Pickelhaube auf dem Kopf, der ein Kalb (soll die polnische Minderheit sein!) abzuschlachten gedenkt. Darunter stand: „Nur die allerdümmsten Kälber, wählen ihre Metzger selber!" Dann wird ein Grenzweg gezeigt. Ein Wegweiser steht daran. Der eine Arm zeigt nach Polen, der andere nach Deutschland. Es soll Masuren, Ostpreußen vorstellen. Davor steht der deutsche Michel mit ängstlicher Miene, der polnische Wähler in Nationaltracht, mit dem Knüppel in der Hand. Der polnische Wähler aber sagt: „Hier hast du nichts zu suchen, deutscher Michel, das ist polnische Erde, auf der wir die Herren sind!"

So die Wahlpropaganda. Viele Bilder dieser Art liegen in unserer Redaktion. Die „Gazeta Olsztyńska" hat sie uns zugestellt. Und sie hat damit nur gezeigt, was sie in Deutschland darf, ohne vor den Kadi zitiert zu werden. Und nun der Erfolg der Wahl, nachdem man alle Parteien durchweg beschimpft hatte, alle: Zentrum, Demokraten, Sozialisten, Deutsche Volkspartei, Deutschnationale, nachdem man alle, auch die allzuliberalen, wie wir sie in Polen nie hatten, beschimpfte, und mit dem preußischen Henker benannte? Nach einem Bericht aus Königsberg gaben die Wähler in Masuren, also dieser polnischen Erde, 626 Stimmen ab, gegen 1029 im Mai. Die polnische Partei erhielt jedoch 61 023 Stimmen (gegen 13 095 im Mai). Gewiß wird man bei uns in Polen wieder sagen, daß der „Terror" daran schuld gewesen sei, daß die Polen in Deutschland kein Mandat in den Reichstag erhalten haben. Wir bestreiten das. Und wenn nach einer solchen Wahlpropaganda, wie sie die Polen in Deutschland führten, wirklich mal ein Hitzkopf erregt worden wäre, es wäre für jeden objektiv Denkenden begreiflich gewesen. Aber glücklicherweise, es sei ausdrücklich festgestellt, es gab solche Hitzköpfe nicht. Es fanden keine Störungen statt. Denn wenn es so gewesen wäre, wir hätten das Geschrei gehört. Glücklicherweise — ist das „hakatistische" Deutschland toleranter... Wir hätten den Minderheiten ein Mandat im Reichstag gewünscht, — wenn sie die Stimmenzahl aufgebracht hätten. Sie haben sie zum Reichstag, trotz aller Anstrengungen, nicht aufgebracht. Und darum nützt kein Schimpfen und keine Beschwerde.

In den preußischen Landtag ziehen dagegen zwei Vertreter der Minderheiten ein. Sie werden an den Tagungen teilnehmen, und sie werden sich über eventuelle Beschwerden beklagen können. Sie werden ihre Stimme erheben bei jeder Gelegenheit, sie werden interpellieren um jede Kleinigkeit, und sie sollen es auch, das ist ihr gutes Recht, wenn ihnen Unrecht geschehen sollte. Sie werden sich aber auch weiterhin lustig machen über die Beschwerden der deutschen Minderheit in Polen, sie werden nach Warschau den Rat geben wie bisher: „Was, die Deutschen wollen Toleranz? Geht zur Tagesordnung über!".

Und doch wollen wir feststellen, daß die deutsche Minderheit in Polen ganz andere Klagen zu erheben hat, daß sie traurigere Erfahrungen macht, daß sie immer weiter verfolgt und in der Presse aller Richtungen auf das schärfste angefeindet wird. Ja, wir können sogar feststellen, daß der Herr Ministerpräsident seinen Namen zu Aufrufen hergibt, die nur verhetzenden Charakter tragen. Wir stellen fest, daß die schönen Versprechungen, die man uns einst gab, in Rauch und Nebel aufgegangen sind, daß von dem Aufruf des Obersten Volksrates nur noch der Text und das Versprechen besteht, aber nichts weiter. Wir können weiterhin feststellen, daß man uns verdächtigt und beobachtet, daß man uns das Recht nicht gibt, uns zusammenzuschließen, uns zu vereinigen, um gemeinsam zu arbeiten. Noch immer „schwebt" der Prozeß gegen den Deutschtumsbund — und er wird noch lange „schweben". Aber in Deutschland sind die Minderheiten zusammengeschlossen im Polenbund, der täglich fester wird, immer mehr zu einem Ganzen verschmilzt, die Interessen seiner Mitglieder zu vertreten . . . Dafür ist es aber das hakatistische Deutschland, welches so etwas ohne weiteres, ohne jedes Hindernis gewährt. Für unsere Klagen erhalten wir nur Ironie als Antwort. Oder spricht etwa die polnische Presse nicht die Wahrheit, in der wir dieses täglich lesen?

Wir lesen die Interpellationen der Sejmfraktion, die Reden unserer Vertreter, wir hören die Klagen jede Woche in beredter Form, von den besten und gerechtdenkendsten Führern unseres Deutschtums. Aber wir sehen keinen

Um die neue deutsche Regierung.

Demission des Kabinetts. — Der Streit beginnt. — Forderung der Deutschnationalen. — 493 Reichstagsabgeordnete. — 446 Landtagsabgeordnete.

Die Wahlen sind vorbei. Obwohl bisher noch nicht einmal ganz genau offiziell das Wahlergebnis, sozusagen unumstößlich feststeht, beginnt bereits der Streit um die neue Regierungsbildung. Die Diskussion ist eröffnet und die Forderungen des rechten Flügels der Deutschnationalen und des linken (Gewerkschaftsflügel) der Sozialisten gehen ziemlich weit. Die Gewerkschaften wollen eine ausgesprochene Linksregierung, mit unbedingter Ablehnung der Deutschnationalen. Die Deutschnationalen wollen fünf Sitze in der neuen Regierung, wenn sie nicht in schärfste Opposition treten sollen.

Die Sozialisten der gemäßigten Richtung verlangen nur eine entsprechende Beteiligung an der Regierung mit bestimmten Vorbehalten, die zur Stunde noch nicht bekannt sind. Gegenwärtig ist die sozialistische Fraktion zusammengetreten, um den Beschluß zu fassen, unter dessen Auspicien eine kommende Politik Deutschlands stehen soll. Es ist die erste Fraktion, die zusammengetreten ist, um Stellung zu nehmen. Die übrigen Fraktionen warten noch ab. Es ist anzunehmen, daß die Deutschnationalen und das Zentrum noch im Laufe der Woche zusammentreten werden, um auch ihrerseits einen eBschluß zu fassen.

Von seiten der Zentrumspartei, der Demokraten und der Volkspartei scheint der Vorschlag zu stammen, das bisherige Kabinett Marx, mit vielleicht geringen Ausnahmen, im Amte zu belassen. Oder aber, falls das Kabinett zurücktreten sollte, Dr. Marx wieder die Neubildung des Kabinetts zu übergeben.

*

Wie aus Berlin gemeldet wird, hat das deutsche Kabinett gestern, Mittwoch, eine Sitzung abgehalten, die um 5 Uhr nachmittags anberaumt war. Dr. Marx ist erst im Laufe des Vormittags in Berlin eingetroffen. Die Sitzung hat bis in die späten Abendstunden hinein gedauert. Anwesend waren sämtliche Reichsminister, mit Ausnahme von Dr. Luther, der wegen des Todes seiner Gattin um Urlaub gebeten hat.

In dieser Kabinettssitzung sollte die Stellungnahme der Regierung zu den Wahlen besprochen werden und die Entscheidung über die Neubildung des Kabinetts fallen. Die Frage, ob große Koalition oder Bürgerblock regieren soll, wird sich noch entscheiden. Verschiedene Gerüchte kreisen bereits, auf die man noch nichts Genaueres geben darf. Da wird zum Beispiel verbreitet, daß der zukünftige Reichskanzler Herr Stresemann sei, während Herr Hergt zum preußischen Ministerpräsidenten aufsteigen soll. Ein Zentrumsabgeordneter soll Kultusminister werden. Diese Kombinationen sind, wie aus zuverlässiger Quelle gemeldet wird, vorläufig nur Kombinationen ohne sachliche Grundlage. Vorläufig muß sich erst das Kabinett erklären, welche Konsequenzen es aus der Wahl zieht.

Die „Allgemeine parlamentarische Korrespondenz" meldet, daß Reichsaußenminister Dr. Stresemann die Absicht habe, in der Kabinettssitzung den Antrag zu stellen, daß die Regierung am 3. Januar zurücktrete. Ob dieser Antrag zum Beschluß erhoben wurde, kann bis zur Stunde noch nicht gesagt werden.

Der preußische Staatsrat ist ebenfalls zu einer großen Sitzung zusammengetreten, die voraussichtlich drei Tage dauern wird.

Das Wahlergebnis.

Nach den weiteren Berechnungen des Statistischen Reichsamtes dürfte sich der zukünftige Reichstag aus 493 Abgeordneten zusammensetzen. Davon entfallen auf die S. P. D. 131, auf die Deutschnationale Volkspartei 103, auf das Zentrum 69, die Kommunisten 45, die Deutsche Volkspartei 51, die Nationalsozialisten 14, die Demokraten 32, die Bayerische Volkspartei 19, die Wirtschaftspartei 17, auf den Landbund 8 und auf die Deutsch-Hannoveraner 4 Abgeordnete. Dieses Ergebnis kann als das endgültige vorläufige Ergebnis der Berechnungen angesehen werden.

Möglichkeiten.

Dr. Hergt, der bekannte Führer der Deutschnationalen, hat über die zukünftige Bildung der Regierung, nach der „Berl. Börsenzeitung", gesagt:

„Dreierlei ist möglich. Erstens: die sogenannte alte Koalition, zweitens: die kleine Koalition, die bisher mit stillschweigender Unterstützung der Sozialdemokraten bestand, und drittens: eine Rechtskoalition. Sie ist die entschieden sicher fundierteste; denn sie würde über 268 Stimmen verfügen, die sich aus folgenden Parteien zusammensetzen: Deutschnationale 110, Zentrum 67, Deutsche Volkspartei 51, Bayerische Volkspartei 19, Wirtschaftspartei 16, Welfen 4. Dabei ist zu bemerken, daß die Nationalsozialisten mit ihren 15 Mandaten schwerlich einer derartigen Koalition in steter Opposition gegenüberstehen würden. Demgegenüber hätte die Koalition: Demokraten, Zentrum, Sozialdemokraten nur 288 Stimmen zur Verfügung. Nach den Erklärungen der Deutschen Volkspartei ist nicht anzunehmen, daß die Volkspartei gewillt ist, an einer großen Koalition mit der Sozialdemokratie teilzunehmen. Also bleibt nur noch eine Rechtskoalition übrig. Wer aber ist der Mann, diese herbeizuführen? Der jetzige Reichskanzler wird es nach dem durch die Wahlen erlittenen Fehlschlag schwerlich sein, und ob Herr Ebert sich zur Bildung eines wie oben angedeuteten Kabinetts bereitfinden wird, ist zum mindesten zweifelhaft. Jedenfalls kann die Deutschnationale Volkspartei der Entwicklung der Dinge nach dem Ausfall der Wahlen ruhig entgegensehen."

Bestimmte Äußerungen aus Linkskreisen liegen zur Stunde noch nicht vor, und auch das Zentrum hat sich noch nicht entschlossen, eine Rechtskoalition durch seine Stimmenzahl zu stützen. Die Äußerung des Herrn Hergt scheint danach zwar möglich, in die Praxis umgesetzt zu werden, ist aber doch wohl noch ziemlich problematisch, so lange nicht genaue Stellungnahmen der einzelnen Parteigruppen vorliegen. Wir bringen hier nur die eine Rechtsstimme, da von linker Seite eine so offen ausgesprochene Vermutung bisher noch nicht geäußert worden ist. Die Demokraten lehnen bis jetzt eine solche Koalition schroff ab und fordern eine scharf links gerichtete Regierung, mit Einschluß der Sozialdemokratie, unter unbedingtem Ausschluß der Deutschnationalen.

Vorläufig ist der Streit noch ziemlich hart. Zu Konzessionen will sich niemand entschließen. Die 15 Millionen Mark, die für Wahlpropagandazwecke ausgegeben worden sind, sind nutzlos vertanes Geld, der Aufwand war vergeblich, denn im großen Ganzen findet eine Änderung oder eine klare Entscheidung in diesem „neuen" Reichstag nicht statt.

Der Preußische Landtag.

Nach den bisherigen Berichten über das Wahlergebnis in Preußen sind noch verschiedene Änderungen eingetreten, die sich nach einem Berliner Bericht wie folgt darstellen:

Es entfielen auf die Sozialdemokraten 4,522 Millionen Stimmen, auf die Deutschnationalen 4,363, auf das Zentrum 3,178, auf die Kommunisten 1,752, auf die Deutsche Volkspartei 1,765, auf die Nationalsozialisten 0,456, auf die Demokraten 1,071, auf die Wirtschaftspartei 0,451, auf die Deutsch-Hannoveraner 0,256 Millionen und auf die nationalen Minderheiten 85 000 Stimmen.

Demnach entfallen auf die Sozialdemokraten 113, die Deutschnationalen 109, Zentrum 79, Kommunisten 44, Deutsche Volkspartei 44, Nationalsozialisten 11, Demokraten 27, Wirtschaftspartei 11, Deutsch-Hannoveraner 6, Nationalen Minderheiten 2 Mandate. Die Gesamtsumme der Mandate beträgt 446.

Erfolg. Und wir können es nicht unterlassen, eine Stimmung wiederzugeben, die weite Kreise des deutschen Volkstums in Polen erfaßt. Wir glauben daran, daß die Arbeit unserer Vertreter im Sejm aufreibend und schwer ist. Wir haben das Vertrauen zu ihrer Fähigkeit und zu ihrer selbstlosen, gewissenhaften Arbeit. Aber wir müssen mit aller Deutlichkeit sagen, daß dieses allein unsere Leiden nicht lindern kann, daß dies allein unsere gute Sache nicht zum Erfolge führt. Wir müssen von unseren Führern fordern, daß sie vorstellig werden, und immer wieder von neuem ihre Stimme erheben, daß sie nicht nachlassen in der Energie, zu zeigen, wie es uns geht. Wir lesen die Interpellationen, in denen ersucht wird, Mängel abzustellen, ungerechte Maßnahmen zu verhindern, — aber wir erfahren nie, ob die Regierung auch darauf eine Antwort gibt und was sie darauf antwortet. Wir müssen darauf bestehen, daß uns die Regierung antwortet, und daß sie uns die Antwort auch bekannt gibt. Und wenn das nicht geschehen sollte, so müssen die Abgeordneten immer wieder von neuem ihre Stimmen erheben und nicht erlahmen, dann müssen sie alle Hebel in Bewegung setzen, damit bekannt werde, vor der Geschichte und vor der Welt, wie es hier aussieht. . . .

Wir sind fest überzeugt, daß dieser kurze Hinweis genügt, um unseren Abgeordneten zu erneutem Mahnen zu veranlassen. Vielleicht wird sich in kurzer Zeit Gelegenheit finden, Vorschläge zu machen, neue Anregungen zu geben. Für heute weisen wir auf den Satz hin, den wir schon unseren Betrachtungen vorausgeschickt haben: nur der Bekennermut und seine offene Ueberzeugung rettet den Deutschen. Nachgeben und verzichten macht ihn verächtlich und klein. Und darum immer wieder mannhaft gesagt, was der deutschen Minderheit gutes Recht ist . . . Und auch die Forderung, daß der Deutschtumsbund frei gegeben wird, muß im Sejm erklingen, immer wieder der Regierung gegenüber nachdrücklich vertreten werden. Was den Polen in Deutschland recht ist, was ihnen erlaubt ist, warum soll das uns länger versagt werden? . . .

Gegen den Staatspräsidenten — für die Monarchie.

Die neuesten Umtriebe in Warschau.

Ein trauriger Gedenktag jährt sich zum zweiten Male. Es ist der Tag, da der erste polnische Staatspräsident, der mit den Stimmen der Minderheiten gewählt worden war, von ruchloser Mörderhand fiel. Ein feiger Meuchelmord, wie er größer nicht sein konnte, raffte einen Mann dahin, der das Wohl des Staates wollte und der vielleicht einen Weg gegangen wäre, wie ihn Polen sich nur wünschen konnte. Um den Mörder herum ward eine Gloriole gewoben. Er galt als der „Held", der „Befreier". Aber blutiger Wahnsinn hatte die Hand geführt, und — wenn Wahnsinn Freiheit ist, dann ist jedes Wort umsonst. Es scheint, als ob unsere Rechtsparteien noch immer nicht genug in den letzten Jahren gelernt hätten. Es geht ihnen nicht in den Kopf, daß sie ein zweites Targowice mit Absicht vorzubereiten suchen. Wüste Hetze, fanatische Ideen, verbohrte Gedankenlosigkeit, wildgewordene Unsachlichkeit gegen alles, was nicht mit ihnen schreit, das nennen sie die „Rettung des Vaterlandes", das nennen sie das „Heil der Nation". Was sie gestern verdammten, heben sie heute auf den Thron, und was gestern der Teufel war, ist ihnen heute ein Heiligtum.

Neue Untriebe in Warschau — so melden die Blätter. Und der „Kurjer Poranny" bringt einige sensationelle Enthüllungen, die die Lage in blutrotes Licht tauchen. Eine kleine Gruppe der Mißvergnügten rafft die Energie zusammen, um zu hetzen. Man sammelt, wie Demagogen es so tun, alle diejenigen, die aus irgend einem Grunde nicht zufrieden sind, zunächst unter eine Flagge, verspricht ihnen das Heil der Welt, inszeniert irgend etwas, — und wenn es dann zum Klappen kommt, dann ist es niemand gewesen. Unter dem Mantel des „Patriotismus" segeln diese staatsgefährlichen Elemente Und unter dem Mantel des Staatswohles werfen sie ihre Netze aus. Schnell genug gelingt es ihnen, bei den vielen Mißvergnügten, die wir nun einmal in Polen haben, einen Fisch zu angeln, und bald ist der Stein im Rollen, die Lawine ins Riesenhafte gewachsen. Die Gefahr ist in ganz Polen vorhanden, und man hört nur so wenig davon, weil man sich noch nicht in die breitere Öffentlichkeit traut. Hat aber die Natter erst das Haupt erhoben, wird sie jeden stechen, der sich ihr entgegenzustellen versucht. Hier hilft keine Politik des Vogel Strauß mehr. hier helfen keine Komplimente, Reden, Bücklinge . . .

Gelingt der Putsch, nun so wird man schon weiter sehen, gelingt er nicht, dann wird man schon einen unschuldigen „Schuldigen" finden, der den Kopf hinhält.

Wir bringen nun den Bericht des „Kurjer Poranny", der in seiner letzten Nummer folgendes schreibt:

„Zwei Jahre sind verflossen seit den tragischen Vorfällen, die im Dezember 1922 den Staat erschütterten. Der unerhörte Anschlag auf die Nationalversammlung, der vom Rechtslager organisiert wurde, das rasend geworden war durch die Wahl des ersten Staatspräsidenten gegen die Stimmen der Parteien, die da verkündeten, daß sie allein das Monopol des „Nationalempfindens" hätten. Die Bewerfung des Elekten mit Schmutz und Schnee und dann seine Ermordung dafür, daß er es wagte, die Wahl anzunehmen und sein Amt anzutreten, das alles war ein schreckliches Zeugnis dafür, daß die gering geschätzte Reaktionsdemagogie, die gegen die Grundlagen der Republik und der Demokratie gerichtet war, unter den kreditlosen und systematisch verdummten Massen tiefere Wurzeln schlug, als es jemand anzunehmen wagte.

Die Energie, mit der Marschall Nataj das Regierungssteuer im Staate in die Hand nahm, den General Sikorski zum Regierungschef, den Marschall Pilsudski auf den leitenden Posten im Heere berief und den Ausnahmezustand erklärte, rief im ersten Augenblick in den Kreisen, die die verbrecherische Agitation leiteten, Schrecken hervor. Die mit derselben Mehrheit wie bei Gabriel Narutowicz vollzogene Wahl Stanislaw Wojciechowskis wurde sogar in den Presseorganen der Rechten schon ohne Warren aufgenommen. Der Präsident Wojciechowski gab durch seine Amtstätigkeit dem Rechtslager nicht nur keinen Anlaß zur Klage, sondern tat vom ersten Augenblick an alles, was in der Macht seines Amtes stand, um den Fanatismus dieses Lagers durch die Richtung aller seiner Auftritte zu entwaffnen, die mehr mit seinen möglichen Reizbarkeiten rechneten als mit den Reizbarkeiten der polnischen Parteien, die in der Nationalversammlung für ihn stimmten. Die erste Regierung der Präsidentschaft Stanislaw Wojciechowskis ging so weit, daß den moralischen Urhebern der Dezemberverbrechen kein Haar gekrümmt wurde und daß sogar die Untersuchungen der Staatsanwaltschaftsbehörden unterbrochen wurden.

Sobald erst der Schrecken gewichen war und die Sicherheit der Straflosigkeit eintrat, traten die Organisatoren der Dezemberunruhen verwegen an eine unerhörte Propaganda für die Glorifizierung des Andenkens an den Fanatiker, der den ersten Staatspräsidenten Polens ermordete, heran. Die Orgie dieser Glorifizierung nahm solchen Umfang an, daß die Bischöfe sich genötigt sahen, sie zu verurteilen und dazu aufzufordern, sie in den Kirchenmauern zu unterlassen. Die Regierung des Generals Sikorski aber verhielt sich passiv, weil sie durch eine administrielle Intervention die Gereiztheit nicht noch vergrößern wollte. Trotz alledem gewann die Regierung des Generals Sikorski nicht die Gnade der Parteien der Rechten, die sie mit Hilfe der nationalen Minderheiten stürzte und auf Grund des berühmten Lanc-Koroński-Paktes vom Präsidenten verlangte, die durch diesen Pakt eingesetzte Regierung zu nominieren. Der Präsident Wojciechowski widersetzte sich diesem Verlangen nicht und gab der Interpretation nach, daß die Regierung von den Sejmparteien designiert würde, die, wenn auch nur über eine zweifelhafte Mehrheit von einigen Stimmen verfügten. Zu Amtszeiten des „Lanc-Koroński"-Kabinetts begannen sich Geheimorganisationen zu bilden, die das Ziel verfolgten, einen Staatsstreich hervorzurufen und — die Diktatur. Zum ersten Mal trat auch die monarchistische Propaganda offen hervor.

Nach dem Sturz des „Lanc-Koroński"-Kabinetts wurden die Anführer der sogenannten Bereitschaft polnischer Patrioten (P. P. P.) verhaftet, und die Sejmkommission stellte die Tatsache fest, daß sie mit einigen früheren Ministern in Verbindung standen. Aber auch diesmal erlangten die Verhafteten die Freiheit wieder, und von dem angekündigten Prozeß gegen sie ist bis auf den heutigen Tag nichts zu hören. Die Kühnheit der reaktionären Propaganda wuchs soweit an, daß die Organe der Rechten, die regen Anteil an der Glorifizierung des Andenkens an den Mörder des Präsidenten Narutowicz nahmen, das Projekt der Ehrung des Andenkens an den ermordeten Präsidenten eine „Erpressung und Herausforderung" nannten. Immer deutlicher begann man in der Rechtspresse gegen das gegenwärtige Staatssystem vorzugehen, und in der letzten Zeit hat man sich wieder zu recht unverhüllten Drohungen im Zusammenhang mit der Angelegenheit der Militärbehörden und der Übernahme des Postens des Generalinspektors durch Marschall Pilsudski verstiegen. So steht es mit den Stimmungen im Rechtslager, die es nicht einsehen wollen, daß man über das unerhörte Ereignis, das gestern die Öffentlichkeit alarmierte, keineswegs zur Tagesordnung übergehen kann. Wir haben es mit Erscheinungen wahnwitziger Politikomanie des reaktionären Fanatismus zu tun, die seit zwei Jahren wirkt.

Gegen diese öffentliche Pest müssen Sicherheitsmaßnahmen ergriffen werden, denn sie geht nur den Plänen der bolschewistischen Propaganda zur Hand. Die Faktoren, die für Ruhe und Ordnung im Staate verantwortlich sind, müssen sich vergegenwärtigen, daß kein Unterschied bestehen darf zwischen der Behandlung der Aktion der Kommunisten und der Aktion solcher „geisteskranken" Personen, die es sich gestattete, die Öffentlichkeit „patriotisch" gegen die Person des durchreisenden Vertreters der Majestät Polens aufzuwiegeln Die Kommunisten sind gleichfalls „geisteskrank", und auf dem Wege der Zweifel aus dem Bereich der „politischen Pathologie" kann man mit Rücksicht auf die Existenz und die Sicherheit des Staates wahrlich sehr weit gelangen. Wenn nicht eine energische Aktion der Regierung diese Art von „Wahnerscheinungen" im Keim erstickt und ein abschreckendes Beispiel denjenigen gibt, die nachfolgen möchten, dann könnten die Folgen dieser Passivität ganz unberechenbar sein.

Schon seit längerer Zeit erscheint in Warschau das Blatt „Pro Patria", das Organ der monarchistischen Jugend. Dieses Blatt kritisiert die gegenwärtigen Staats- und Sozialeinrichtungen und agitiert für einen monarchistischen Umsturz. Es konzentriert nicht nur Kreise der Jugend, sondern auch aktive Politiker, die ihren Anschauungen in der Tagespresse des Rechtslagers von Zeit zu Zeit Ausdruck geben. Der berühmte Artikel eines Blattes des nationaldemokratischen Lagers, der von den Prärogativen des Staatspräsidenten als eines Staatsfaktors spricht, der vor Ablauf des Verfassungstermins beseitigt werden könnte, war eine der mittelbaren Erscheinungen der Umsturztendenzen der Rechten.

Die Staatspolizei hat natürlich ein wachsames Auge auf die monarchistischen Gruppen geworfen. So ist denn, als in der verflossenen Woche im Regierungskommissariat von einem „Związek Prach Polski" (Z. P. P.) die Mitteilung einlief, daß der Verband beabsichtige, am Sonntag einen Umzug zu der zu Füßen des Poniatowski-Denkmals zur Ehrung des „unbekannten Soldaten" angebrachten Tafel zu organisieren, von seiten des Kommissariats eine Absage erfolgt. Sie war damit begründet, daß der Z. P. P. eine niemandem bekannte und nicht angemeldete Organisation sei. Nach Niederlegung der Satzungen und Angabe der leitenden Personen des Verbandes könnte das Kommissariat die Manifestation gestatten. So lautete die Antwort.

Trotz des Verbots versammelte sich Sonntag mittag vor dem Denkmal ein recht zahlreiches Häuflein von Personen, Damen und Herren, dirigiert von einem Manne anständigen Aussehens im Alter von ungefähr 40 Jahren. Dieser hielt eine donnernde Rede in radikal-rechtsparteilichen Sinne, die im Resultat diejenigen verdammte, die das Andenken an die in der Verteidigung Polens gefallenen unbekannten Soldaten mißachten. Endlich sagte er, daß sich alle vom Plac Saski nach dem Plac Teatralny vor das Rathaus, wo der Staatspräsident bald eintreffen werde, begeben müßten, um zu verlangen, daß die Stadt ein Denkmal zur Ehrung des unbekannten Soldaten errichten soll. Der Redner schloß seine Tirade mit den Worten: **„War es der Mühe wert, daß die Soldaten fielen, wenn solche Männer wie Wojciechowski den Staat regieren . . .",** und dann begann er unter die Anwesenden das Blatt „Pro Patria" zu verteilen. In diesem Augenblick gerade fuhr neben der Gruppe das Auto des Staatspräsidenten vorbei. Da rief ein Unbekannter mit lauter Stimme: **„War es wert, daß die Soldaten fielen, wenn an der Spitze des Staates solche Männer stehen, wie der, der im Auto vorbeifährt . . .?"** Nach diesen Worten wurde der Schreier verhaftet und nach einem Verhör im Kommissariat der politischen Polizei zur Verfügung gestellt.

Der Agitator sagte aus, daß er Alfons Bielicki hieße, Ingenieur sei und in der ul. Piękna 58 wohne. Während der Untersuchung wiederholte er, daß das, was er tue, aus einer Seele komme, die Schmerz empfinde über das, was in Polen geschehe. Er machte den Eindruck eines Mannes, der nicht ganz bei Verstande war. Nach einigen Stunden Arrest und nach durchgeführter Revision in der Wohnung wurde er gegen eine Verpflichtung freigelassen.

Es kreisen Gerüchte, daß Bielicki schon mehrmals in die Hände der Polizei wegen verschiedener Seitensprünge politischer Art fiel. Es soll derselbe Mann sein, der am Tage der Hinrichtung Niewiadomskis des Abends im Teatr Wielki während der Vorstellung auf einen Stuhl stieg und den Zuschauern zurief: **„Andere Leute sterben fürs Vaterland, und Ihr amüsiert Euch hier!"**

Der gestrige Zwischenfall verlangt, in Zusammenstellung mit den Gerüchten von der Verhaftung eines Mannes im Belvedere, der sich als Invaliden ausgab und ebenfalls ein Geistesgestörter sein soll und der in die Gemächer des Staatspräsidenten eindrang, größere Aufmerksamkeit der zuständigen Stellen zum Schutze der öffentlichen Sicherheit. Man weiß nicht mehr, wo man es mit einem normalen Menschen und wo man es mit einem wirklich geisteskranken Menschen zu tun hat, wo die Kommunisten einerseits und die Monarchisten andererseits an der Arbeit sind, obwohl die einen wie die anderen zum Schaden des Staates Hand in Hand zu gehen scheinen.

Nach anderen Informationen, die wir in der Stadt bei Leuten eingeholt haben, die zufällig als Zuschauer an der gestrigen Kundgebung auf dem Plac Saski teilgenommen haben, konnte man unter der Gruppe, die sich beim Poniatowski-Denkmal versammelte, gewisse Agitatoren der S. S. S. (Stowarzenie Samopomocny Społecznej) bemerken. Jedenfalls bemühten sich die Arrangeure der Kundgebung nicht um die Versammlungsgenehmigung, und das Regierungskommissariat war von der beabsichtigten Versammlung offiziell nicht in Kenntnis gesetzt. Das Programm war so festgelegt, daß nach feierlichen Ansprachen die Versammelten sich im Umzug zum Stadtrat begeben sollten, um dort eine möglichst schnelle Errichtung eines Grabmals für den „unbekannten Soldaten" kategorisch zu verlangen. Von diesem Plane erfuhr die Polizei vorgestern auf vertraulichem Wege.

Es ist eine charakteristische Tatsache, daß vorgestern gegen 9 Uhr abends unsere Redaktion von Herrn Bielicki ein Telephonogramm erhielt, das uns im Namen des Z. P. P. zur Teilnahme an der Sonntagskundgebung einlud.

Es kreisen auch, was wir ausdrücklich betonen, nicht bestätigte Gerüchte, die Manifestanten hätten sich vorbereitet, die dem „unbekannten Soldaten" gewidmete Tafel fortzunehmen und sie nach dem Grabe des Eligjusz Niewiadomski zu bringen.

Der unglückliche Organisator des Abenteuers ist ein Mitglied des Hallerverbandes. Außerdem wurde bei der persönlichen Revision beim verhafteten Bielicki eine Reihe von Papieren und Dokumenten gefunden, die seine enge Fühlung mit der Organisation der monarchistischen Jugend (M. M.) feststellten. Außerdem hatte er in der Tasche eine monarchistische Broschüre des Verlages „Pro Patria", wie es scheint zum Zweck der Verbreitung unter seinen Zuhörern. Bielicki ist schon mehrmals in der Polizeichronik wegen seiner unzurechnungsfähigen politischen Auftritte notiert. Angesichts der festgestellten Teilnahme Bielickis an radikalen Rechtsorganisationen gewinnt sein politisches Profil einen besonderen Beigeschmack."

Zu diesen Hetzern.

Frau Sokolnicka ins Stammbuch.

Frau Sokolnicka, die in Posen über das Glück und das Wohl aller „Patrioten" wacht, hat sich neulich wieder einmal sehr laut beklagt, wobei der „Kurjer Poznański", als getreuer Knappe, ihre Stimme mit lauten Fanfarenrufen begleitete, daß es immer noch unverschämte Menschen gäbe, die jetzt polnische Ortsbezeichnungen deutsch schreiben, wobei die Post so tolerant sei, diese auch zu befördern. „Hinweg mit der Toleranz," sagt Frau Sokolnicka, und ihr Organ hat dabei den Stimmbruch erlitten. Sie erwähnt, daß heute noch Briefe aus Deutschland kommen (man denke!), die Posen und nicht Poznań, Birnbaum und nicht Międzychód, Kolmar und nicht Chodzież adressiert sind. Diese Orte sind einfach gar nicht da. Diese Orte in deutscher Sprache existieren einfach gar nicht. Man muß sie ausrotten.

Von sehr geschätzter Seite wird darauf hingewiesen, daß sehr oft, sogar Polen, die in Deutschland wohnen, die Orte gar nicht nach der neuen polnischen Bezeichnung kennen. Und sie können sich doch nicht alle, die in Deutschland wohnen, der Frau Sokolnicka zuliebe ein polnisch-deutsches Ortsverzeichnis zulegen . . .

Aber darüber läßt sich streiten. Heute macht uns ein Pole darauf aufmerksam, daß seine Tante, die in Breslau lebt, also in einer rein deutschen Stadt, die die polnische Sprache jetzt überhaupt nicht mehr kennt, von einer Freundin aus Warschau einen Brief erhalten habe, der wie folgt adressiert war:

„Do Wielm. Pani N. N. w Wrocławiu, ul. Kolen Nr. . . ."

Die Adresse sollte lauten: in Breslau, Kohlenstraße Nr. . . .

*

Das ist eine Tatsache, sicher von vielen. Haben wir aber schon jemals gehört, daß man sich in Deutschland darüber aufgeregt hätte? Ja, haben wir gehört, daß die Presse Krach gemacht hat, selbst die überradikale? Und hat man etwa deswegen eine Interpellation eingebracht? Ausgelacht worden wäre derjenige, der sich einen solchen Scherz geleistet hätte.

Und die Post in Deutschland? Sie hat trotz falsch geschriebener Anschrift, ohne zu mucken, diesen Brief bestellt! Was eine Selbstverständlichkeit ist.

Wie weit muß es bei uns gekommen sein, wenn sogar in Polen die Angst soweit getrieben wird, daß man sich fürchtet, einen Stadtnamen deutsch zu lesen. Frau Sokolnicka, auch Sie können nicht verhindern, daß die Tatsache bestehen bleibt, daß diese Städte ehemals von Deutschen gegründet, verwaltet, gepflegt, höher entwickelt worden sind. Und Ihre Angst zeigt nur, daß Sie mit der Wahrheit nicht gerne etwas zu tun haben wollen.

Republik Polen.

Endlich Minister Miklaszewski gestürzt.

Die gestrige Sejmsitzung endete mit einer Niederlage des Kultusministers Miklaszewski, der mit einer Stimme Mehrheit gestürzt wurde. Der Antrag des Abg. Rymar vom Nationalen Volksverband wurde mit 175 gegen 174 Stimmen abgelehnt, wobei sich die Abgeordneten der Piastenpartei vorwiegend der Stimme enthalten haben sollen. Am späten Abend reichte Minister Miklaszewski sein Rücktrittsgesuch ein, das angenommen wurde. In der Uebergangszeit wird Unterstaatssekretär Lopuszański das Kultusministerium leiten.

Bericht über die interparlamentarische Union.

Im Sejm fand eine Sitzung der polnischen Gruppe der interparlamentarischen Union statt. Prof. Dębiński berichtete über den Verlauf der Beratungen in Bern und Genf, wobei er die Bedeutung hervorhob, die die polnische Gruppe als zahlreichste aller nationalen Gruppen gewann. Senator Buzek wies auf die Notwendigkeit hin, sich mit der Lage der polnischen Minderheiten in den Randstaaten vertraut zu machen und ein entsprechendes Referat in dieser Frage auszuarbeiten.

Beunruhigung.

Die „Gazeta Poranna" bringt eine Nachricht die in Kaufmannskreisen große Beunruhigung hervorgerufen hat. Die Nachricht besagt, daß der Ministerpräsident sich mit der Absicht trage, eine Verfügung des Staatspräsidenten zu erlassen, nach der im Verlauf von zwei Jahren die Monopolkonzessionen, die privaten Konzessionären erteilt wurden, entzogen werden sollen.

Ordenskapitel.

Am 13. und 14. d. Mts. werden unter Vorsitz des Marschalls Pilsudski Beratungen des Kapitels des Ordens virtuti militari stattfinden.

Die polnisch-französische Handelskonvention.

Wie die Polnische Telegraphenagentur aus Paris meldet, wurde im französischen Handelsministerium die polnisch-französische Handelskonvention am Dienstag abend unterzeichnet. Französischerseits unterzeichneten Ministerpräsident Herriot und Minister Raynaldi von polnischer Seite Botschafter Chłapowski, Departementsdirektor Tennenbaum und Botschaftsrat Dolezal.

Der Schweizer Gesandte.

Am Dienstag mittag überreichte Dr. Hans de Segesser, der außerordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister des Schweizer Bundesstaates, dem polnischen Staatspräsidenten in feierlicher Audienz im Belvedere seine Beglaubigungsdokumente.

Ein Ehrenausschuß.

Im Präsidium des Ministerrates fand eine Beratung über die Frage des Schutzes der persönlichen Ehre statt. Es nahmen

Freitag, 12. Dezember 1924. **Posener Tageblatt.** Beilage zu Nr. 286.

Titelübersetzungen.

Nachstehend bringen wir die Titelübersetzungen aus dem vom „Büro des Sejmabgeordneten Klinke" herausgegebenen „Polnischen Gesetzen und Verordnungen in deutscher Sprache". Die Übersetzungen sind jetzt soeben erschienen und können beim „Büro des Sejmabgeordneten Klinke" in Poznań, Wały Leszczyńskiego 2, bezogen werden. Der Bezug dieser „Gesetze und Verordnungen" kostet in Polen vierteljährlich 8.00 Zloty. Die Einzelnummer kostet 1.50 Zloty. Die Schriftleitung.

Dziennik Ustaw R. P. Nr. 80 vom 15. September 1924.

Pos. 777. (Übersetzt.) Gesetz vom 31. Juli 1924 betr. Regulierung der Zollverhältnisse 1225

Pos. 778. (Übersetzt.) Gesetz vom 31. Juli 1924 über Unterstützung der Hausindustrie 1226

Pos. 779. Verordnung des Finanzministers vom 10. September 1924 betr. ein Zusatzpreisverzeichnis für den Kleinverkauf von Tabakfabrikaten 1227

Pos. 780. Verordnung des Ministers für Arbeit und soziale Fürsorge vom 3. September 1924 betr. Ausdehnung der Tätigkeit des Bezirksversicherungsamtes mit dem Sitz in Lwow auf die Wojewodschaft Wolhynien 1228

Dziennik Ustaw R. P. Nr. 81 vom 19. September 1924.

Pos. 781. Handels- und Schiffahrtsvertrag zwischen Polen und Finnland unterschrieben in Warschau am 10. November 1923 1229

Pos. 782. Regierungserklärung vom 18. September 1924 betr. Austausch der Ratifikationsurkunden des Handels- und Schiffahrtsvertrages zwischen Polen und Finnland, unterschrieben in Warschau am 10. November 1923 1248

Pos. 783. Verordnung des Ministerrats vom 19. August 1924 betr. Ein- und Ausfuhrverbot einiger Waren 1248

Dziennik Ustaw R. P. Nr. 82 vom 23. September 1924.

Pos. 784. Verordnung des Ministerrats vom 17. September 1924 über Festsetzung des Multiplikators zur Berechnung des Gehalts der Staats- und Heeresbeamten für den Monat Oktober 1924 1249

Pos. 785. (Übersetzt.) Verordnung des Finanzministers vom 1. August 1924 im Einverständnis mit dem Innen-, Kriegs-, Justizminister, den Ministern für Religionsbekenntnisse und öffentliche Aufklärung, für Landwirtschaft und staatliche Domänen, für Handel und Gewerbe, für öffentliche Arbeiten, für Arbeit und soziale Fürsorge, sowie mit dem Eisenbahn- und Agrarreformminister über Umrechnung von Geldbeträgen, die in gewissen Rechtsvorschriften in russischen Rubeln, deutschen Reichsmark, österreichischen Gulden und österreich-ungarischen Kronen und Polenmark ausgedrückt sind 1250

Pos. 786. Verordnung des Finanzministers vom 5. 8. 1924 im Einverständnis mit dem Innen- Justizminister sowie dem Minister für Religionsbekenntnisse und öffentliche Aufklärung betr. Abänderung der Verordnung vom 25. August 1923, welche Ausführungsvorschriften für das ehem. österreichische Teilgebiet über die Gebühren von Vermögensübertragungen in Form von Schenkungen enthält . . . 1250

Pos. 787. Verordnung des Finanzministers, des Ministers für Handel und Gewerbe sowie für Landwirtschaft und staatliche Domänen vom 11. September 1924 betr. die teilweise Abänderung und Ergänzung der Verordnung vom 11. Juli 1924 über Zollerleichterungen 1251

Pos. 788. Verordnung des Finanzministers vom 11. September 1924 betr. die Tabelle derjenigen Waren, die zur Zollabfertigung bei den Zollämtern II. Klasse zugelassen sind und betr. Liste der Warensendungen mit dem Vermerk, bei welchen bei der schriftlichen Anmeldung einige nähere Bezeichnungen in der Faktur fehlen dürfen 1251

Pos. 789. (Übersetzt.) Verordnung des Finanzministers vom 19. September 1924 über Aufhebung der Geltungskraft des Gesetzes vom 11. März 1919 betr. das einstweilige Zufuhrverbot von Geldscheinen in österreichisch-ungarischer, deutscher und russischer Valuta 1254

Pos. 790. (Übersetzt.) Verordnung III des Innenministers vom 16. August 1924, herausgegeben im Einverständnis mit dem Finanzminister zwecks Ausführung des Gesetzes vom 11. August 1923 über die einstweilige Regelung der Kommunalfinanzen 1255

Pos. 791. Verordnung des Innenministers vom 11. September 1924 über die Apothekertaxe 1257

Pos. 792. (Übersetzt.) Verordnung des Ministers für Handel und Gewerbe im Einverständnis mit dem Finanzminister vom 29. August 1924 betr. Durchführung des Gesetzes vom 8. Juli 1924 über die Gebühren für Vergberechtigungen 1265

Pos. 793. Verordnung des Eisenbahnministers vom 15. September 1924 im Einverständnis mit dem Finanzminister, den Ministern für Handel und Gewerbe sowie für Landwirtschaft und staatliche Domänen betr. Abänderungen und Ergänzungen des Warentarifs der polnischen Eisenbahnen 1266

Pos. 794. Verordnung des Eisenbahnministers vom 15. September 1924 im Einverständnis mit dem Finanzminister, den Ministern für Handel und Gewerbe sowie für Landwirtschaft und staatliche Domänen betr. Abänderungen und Ergänzungen des Warentarifs der polnischen Eisenbahnen 1268

Dziennik Ustaw R. P. Nr. 83 vom 26 September 1924.

Pos. 795. Verordnung des Staatspräsidenten vom 15. September 1924 über Enteignung von Grundstücken zwecks Umbau der Eisenbahnlinie Lublin-Rozwadów . . . 1269

Pos. 796. Verordnung des Finanzministers und der Minister für Handel und Gewerbe sowie für Landwirtschaft und staatliche Domänen vom 11. September 1924 betr. Festsetzung von Ausfuhrzöllen auf einige Waren 1271

Pos. 797. (Übersetzt.) Verordnung des Finanzministers vom 17. September 1924 betr. Durchführung der Verordnung des polnischen Staatspräsidenten vom 27. August 1924 über das Verbot der Ausfuhr von Gold und Silber ins Ausland 1272

Pos. 798. Verordnung des Finanzministers im Einvernehmen mit dem Eisenbahnminister vom 17. 9. 1924 über den Abschluß des Verkaufs von Obligationen der Serie I der 10 %igen Eisenbahnanleihe im Betrage von 50 Mill. zł sowie über Festsetzung des Tilgungsplans für diese Summe und der Art der Berechnung der Auszahlungen unter dem Titel dieser Anleihe 1273

Pos. 799. Verordnung des Finanzministers vom 19. September 1924 im Einverständnis mit dem Innen-, Justizminister und den Ministern für Religionsbekenntnisse und öffentliche Aufklärung sowie für Handel und Gewerbe betr. Abänderung der Zuständigkeit der Finanzämter bei der Veranlagung der Erbschaftssteuer auf dem Gebiet des ehemals russischen Teilgebiets 1275

Pos. 800. Verordnung des Finanzministers vom 19. September 1924 über die Zusatzauslösung einer Prämie der Serie I der Dollarprämienanleihe am 1. Oktober 1924 1275

Pos. 801. Verordnung des Eisenbahnministers vom 19. September 1924 im Einverständnis mit dem Finanzminister sowie mit dem Minister für Landwirtschaft und staatliche Domänen über Ergänzung des Warentarifs der polnischen Eisenbahnen 1275

Pos. 802. Verordnung des Eisenbahnministers vom 19. September 1924 im Einverständnis mit dem Finanzminister sowie mit dem Minister für Landwirtschaft und staatliche Domänen über Ergänzung des Warentarifs der polnischen Eisenbahnen 1275

Pos. 803. Bekanntmachung des Eisenbahnministers vom 20. September 1924 betr. Liste der Eisenbahnen, auf die sich die internationale Konvention über die Warenzufuhr durch die Eisenbahn bezieht 1276

Herr Witos über den Osten.

Die Lage ist trostlos.

Herr Witos, der verflossene Ministerpräsident, hat unlängst eine Reise durch Wolhynien gemacht und seine Erlebnisse einem Journalisten erzählt. Er schildert die Lage recht bedrohlich, was sie in Wirklichkeit auch ist, aber auf der anderen Seite in der charakteristischen Art, die wir bei uns in Polen immer wieder erleben. Niemals hat irgend eine Regierung daran die Schuld getragen, immer waren es die „anderen", die daran schuld sind. Herr Witos hat selber Gelegenheit gehabt, die Lage in den Ostgebieten zu bessern. Er war ja selber Ministerpräsident. Er hat es bisher nicht getan, und darum ist auch Herr Witos nicht befugt die Schuld auf andere zu schieben. So lange noch diese Manie bei uns bestehen bleibt, immer den Splitter in des Bruders Auge zu sehen, aber den Balken in der eigenen Brust nicht zu entdecken, ist alle Mühe vergeblich.

Das Ergebnis der Unterredung ist folgendes:

Ein Journalist befragte den Abgeordneten Witos, den Präses der Piastenpartei, über die Lage in den Ostkreisen (Witos hatte kürzlich eine Reise durch Wolhynien gemacht). Er sagte: „Bei der polnischen Bevölkerung Wolhyniens sieht man Niedergeschlagenheit und Kummer, bei der ukrainischen Bevölkerung Haß gegen Polen und eine geradezu unerhörte Geringschätzung der Behörden. Die allgemeine Lage halte ich für unerhört bedrohlich, da dort eine polnische Behörde moralisch nicht existiert, da dort ferner eine fremde Macht arbeitet und viel Geld streut, so ist sogar ein ernster Volksaufstand nicht ausgeschlossen, wenn das tatsächlich im Interesse der Durchführung der verbrecherischen Arbeit dienen sollte. Verursacht wurde dieser Zustand durch den Mangel an einer zielbewußten Politik von seiten der Regierung, durch die Verletzung der Bevölkerung in ihren religiösen Belangen, durch die Schikanen von seiten der Behörden, durch die täppische Erledigung verschiedener Angelegenheiten der Ämter, durch das unaufhörliche Schwanken in den Entscheidungen, durch den überstarken Steuerdruck und durch die verschiedenartige Anwendung der Steuergesetze, durch die Verschwendungswirtschaft der Kreistage, durch die Vernachlässigung des Wiederaufbaus usw. Brandmaterial hat die Regierung selbst dahin geschafft. Das Feuer wurde geschürt durch Abgeordnete und Agitatoren des Wyzwolenie, und als diese sich etwas besannen, haben die Abgeordneten der Minderheiten ihre Arbeit begonnen. Wenn man diese Herren dem Gericht übergeben hätte, wäre es dort nicht so weit gekommen. Die gewöhnlichen Mittel, die alle enttäuscht haben, werden dort nicht viel nützen."

Der Journalist fragte Witos, ob er damit den Ausnahmezustand im Sinne habe. Witos antwortete: „Keineswegs. Wenn die Regierung dieses Mittel nicht anwenden will, darf man es ihr nicht in die Hand drücken. Die Logik jedoch sagt, daß, wenn irgendwo sich Ausnahmeverhältnisse zeigen, dort auch Ausnahmeverordnungen durchgeführt werden müssen. Das geschieht so in der ganzen Welt. Das bedeutet jedoch nicht, daß dies das einzige Mittel sei. Die polnische Bevölkerung befindet sich dort in beklagenswerten Verhältnissen. Sie hat keine Vorräte für den Winter, wohnt statt in Häusern in der Erde, wird durch Banditen terrorisiert. Ein dortiger polnischer Ansiedler hatte sich an einen Polizisten gewandt und ihm angezeigt, wo ein langgesuchter Bandit arbeitete. Er bat, daß man ihm sofort zwei Polizisten zur Hilfe senden möchte. Die Polizisten sind nicht erschienen. Statt dessen erhielt der Ansiedler zwei Tage später ein Schreiben von dem Banditen, worin ihm dieser mitteilte, daß er von seiner letzten Denunziation Kenntnis erhalten habe und daß der Lohn hierfür nicht ausbleiben würde. Der entsetzte polnische Ansiedler bat die Polizei um Schutz. Dieser wurde ihm jedoch versagt.

Das Beamtenmaterial ist moralisch sehr schwach, materiell sehr schlecht bezahlt. Das ist ein sehr wenig wichtiges Material. Man müßte es aufbessern. Die Administration ist planlos. Sie erschwert der Bevölkerung systematisch das Leben. Der polnische Bauer könnte dort eine sehr wichtige Rolle spielen. Man müßte ihm genügend Sicherheit geben. Durch zu hohe Steuer dürfte er nicht geängstigt werden. Man müßte ihm hilfreich entgegenkommen, denn woher soll er Steuern bezahlen. Er hat kein Haus, sein Land ist mager, er geht fast nackt herum und ist ständig von Gefahren umdroht. Zunächst ist es notwendig, daß der Bauer von seinem Boden Nutzen zieht und daß er sich seßhaft macht. Dann wird er auch seinen Besitz verteidigen und damit sein Vaterland verteidigen und Steuern zahlen. Nicht besser steht es um den Großbesitz. Die Güter sind verbrannt, der Boden liegt brach da. Ich erachte dort seine Rolle für beendet. Wenn das weiter andauert, wird dort ein wildes Feld entstehen."

Wie verhält es sich mit den Ansiedlern, fragte der Journalist. Witos antwortete, daß man nach dort ein gesundes Element schicken müßte. Es müßten Arbeitswerkstätten geschaffen werden, wozu ein Kredit von vielen Millionen Zloty notwendig sei, den man ratenweise einziehen könnte. Man muß dort am allerschnellsten eine kluge Bodenreform durchführen. Von der Minderheit hat Witos einen sehr schlechten Eindruck empfangen. Die „bezahlten Agitatoren" der Minderheiten wollen vom polnischen Staat nichts wissen. Man müßte ihnen diesen zeigen, dann werden sie wohl sehend werden. Man muß das jedoch tun können."

*

Witos weiß jetzt sehr gut zu reden. Er hätte so klug reden sollen und ebenso weise tun sollen, als er noch Regierungschef war. Unter seinem Regime begannen in den östlichen Wojewodschaften die polenfeindlichen Bewegungen. Statt damals dem Lande mit Reformen zu dienen, hat er sich allen Reformgedanken widersetzt und trägt so an den verworrenen Zuständen in den Ostgebieten einen beträchtlichen Teil der Schuld. Sein Ausfall gegen die „Wyzwoleniepartei", die er vornehmlich darum haßt, weil sie sich von seiner Partei getrennt hat, ist Demagogie. Wäre nun nämlich den Anregungen der Wyzwoleniepartei gefolgt und hätte man die Bodenreform nach dem Plane dieser Partei durchgeführt, so stünden die Dinge in den Ostwojewodschaften nicht so schlimm: da, wie dies gegenwärtig der Fall ist. Es ist ein Erbfehler der polnischen Nation, daß man die Schuld an diesen Geschehnissen nicht in sich selbst sucht, sondern stets anderen zuschreibt.

Copyright 1924 by Carl Duncker Verlag, Berlin.

Die Mutter.

Roman von Lola Stein.

(4. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

„Wenn man soviel vorgetragen, gesungen, aufgeführt wird wie Sie, Herr Holst, dann muß es doch Tantiemen nur so regnen. Jeder, der etwas von Ihnen vorträgt, muß Ihnen doch eine Beteiligung geben, nicht wahr?"

„Ja, so ist es wohl. Aber man kann sich nicht darum kümmern. Ich weiß doch nicht, wo man meine Sachen vorträgt. Ich kann unmöglich hinter allen Künstlern herlaufen. Ich bin auf den guten Willen der Vortragenden angewiesen. Und der scheint oft recht wenig gut zu sein." Er lächelte etwas hilflos. „Jetzt, wo Sie diesen Dingen so auf den Grund gehen, fällt mir erst auf, wie wenig ich eigentlich, wenn ich von Berlin absehe, beteiligt werde."

„Aber warum kümmern Sie sich um diese geschäftlichen Sachen nicht mehr, Herr Holst? Sie sind doch so ungeheuer wichtig, besonders in der jetzigen schweren Zeit."

Udo zuckte die Achseln. „Ich wüßte nicht, wie ich mich darum kümmern sollte. Ich habe auch gar keine Zeit für solche Dinge."

„So müßte sich ein anderer darum bemühen. Ihr Herr Vater ist tot, hörte ich. Aber Ihre Frau Mutter?"

„Mama? O Gott, sie hat schon so ungeheuer viel zu tun. Wenn Sie wüßten, was sie alles allein besorgt und macht. Und dann — sie ist so tüchtig, schließlich brächte sie auch das noch fertig — habe ich ihr verboten, sich mit meinen geschäftlichen Dingen zu beschäftigen. Ich mag es nicht, wenn Frauen das tun."

Herr Remstedt schwieg. Er dachte: Du Träumer, du Phantast! Wie fern stehst du dem wirklichen Leben. Du unpraktischer Idealist! So also sind die Dichter beschaffen! Es mochte auch andere geben, praktischere. Er war jedenfalls froh, daß er mit diesen seltsamen Menschen nichts zu tun hatte.

Udo erzählte von dem neuen Berliner Kabarett, das seit zwei Jahren existierte und für das er sozusagen der Hausdichter war. Es hatte hohe künstlerische Ziele, war nicht zu vergleichen mit den anderen Kabaretts. Es wollte nicht nur amüsieren, sondern auch aufrütteln und anspornen. Daneben mußte man natürlich auch ein wenig dem Geschmack der großen Menge Rechnung tragen. Aber das ging ihn nichts an. Dafür waren andere da. Und alles geschah in hochkünstlerischer Form.

„Und an den Einnahmen dieses Kabaretts sind Sie mit Gewinn beteiligt, Herr Holst?"

Er bejahte froh, endlich konnte er doch einmal etwas Greifbares, etwas Tüchtiges sagen. Dieser Herr Remstedt schien ja von ihm zu denken, er sei ein Kind, ein dummer Junge.

Da sagte die klare, volltönende Männerstimme schon: „Das ist ja nach Ihren Schilderungen eine recht große Sache. Und sicher gewinnbringend. Sie sagen, es ist immer voll. Theater- und Kabaretpreise werden in dieser Saison ja auch der allgemeinen Lage angepaßt und stark erhöht. Hier in Hamburg wundern wir uns schon über die Preise, aber das soll gar nichts sein gegen Berlin haben mir Freunde erzählt die dort ein bißchen auf den Bummel gegangen sind. Wie hoch sind die Eintrittspreise denn jetzt in Ihrem „Meteor"?"

Udo Holst sah ihn sehr unangenehm berührt an. „Die Eintrittspreise? Darum habe ich mich wirklich nicht gekümmert. Das weiß ich auch nicht."

„Trotz Ihrer Beteiligung am Gewinn des Ganzen? Das verstehe ich nicht, Herr Holst. Mir scheint, Sie lassen sich ausnutzen und betrügen von allen Seiten."

Der Leiter des „Meteor" ist ein guter Freund von mir. Mir kam nie der Gedanke, seine Zahlungen an mich nachzuprüfen." Das ganze Gespräch war ihm sehr unangenehm. Sein Gewissen wurde wach. Hatte dieser fremde, nüchterne Mann nicht eigentlich recht? Schatzi sorgte und sparte um jede Mark, und vielleicht ließ er sich wirklich jeden Monat Tausende entgehen? Wenn es so wäre, so hätte er eine unverzeihliche Nachlässigkeit begangen.

Ihm war alles Geschäftliche so unbequem. Er rechnete nicht gern nach. Glaubte an die Anständigkeit gerade der Leute, die mit ihm zu tun hatten. Seine Feder war scharf, seine Augen erspähten die verborgensten Schwächen der Menschen, und seine Verse geißelten sie. Aber sobald es sich um ihn selbst handelte, war er lau und gleichgültig und träge. Vielleicht war alles nur Feigheit. Er wollte schaffen, arbeiten, etwas leisten. Aber mit den Alltäglichkeiten des Lebens nicht belästigt werden.

„Ich glaube, Du langweilst Herrn Holst mit Deinen vielen Fragen und Ratschlägen, Papa", sagte Uschis helle Stimme. „Deine Welt wird Herrn Holst sicherlich ebenso fremd und unverständlich sein, wie Dir die seine ist. Gesegnete Mahlzeit, meine Herren. Ich bitte zu einer Tasse Kaffee ins Nebenzimmer."

In Herrn Remstedts behaglichem Arbeitszimmer standen schon Liköre, Zigarren und Zigaretten bereit. Die nette Wirtschafterin brachte den Mokka in hochfeinen Täßchen.

Uschi rauchte aus einer modernen langen Spitze aus leuchtendblauem Email. Sie sah sehr pikant aus. Ihr feines Figürchen versank beinahe in dem riesigen Ledersessel, das lichte Blond ihres seidigen Köpfchens hob sich wirkungsvoll von dem dunkelroten Leder ab. Sie blies zierliche Ringe von sich und nippte graziös vom Mokka und Likör. Ihre großen Augen ruhten auf Udo Holst.

„Soll ich Ihnen Hamburg ein wenig zeigen, Herr Holst? Es ist so schön draußen, ich finde es schade, im Zimmer zu sitzen. Ich fahre Sie im Boot spazieren, bis es kühl wird, und zeige Ihnen unsere schönsten Wasserstraßen."

Udo ging freudig auf ihren Vorschlag ein.

„Du brauchst Dich in Deinem Sonntagsschlummer nicht stören zu lassen, Papa", sagte Uschi sehr freundlich. „Für Dich ist das Bootfahren jetzt im Herbst doch kein Vergnügen mehr."

(Fortsetzung folgt.)

Die Presse zu den Wahlen in Deutschland.

Im Deutschen Reich.

„Lokalanzeiger": „Der Bürgerblock kann jetzt auch ohne die Demokraten gebildet werden, wie selbst die „Germania" klipp und klar ausrechnet, indem sie eine Mehrheit von 267 Abgeordneten nachweist, denen eine Opposition von 228 ohne die Völkische Partei von 214 Abgeordneten entgegenstehen würde. Dieser Kombination gegenüber liebäugelt das Zentrumsblatt, das bekanntlich den linken Minderheitsflügel der Partei vertritt, begreiflicherweise mit der „Möglichkeit der großen Koalition", die eine um rund fünfzig Mandate höhere und daher wohl gesicherte Mehrheit darstellen würde."

„Deutsche Zeitung": „In der nächsten Woche werden Vorbesprechungen des Kabinetts stattfinden. Für Herrn Marx persönlich ist die Lage dadurch besonders schwierig, daß er sich durch sein Verhalten bei der vorigen Regierungskrise und durch seine Reden im Wahlkampf festgelegt hat. Es ist also noch nicht bestimmt, ob er die neuen Verhandlungen führen wird, die jedenfalls noch vor dem 5. Januar zu einem Ergebnis gebracht werden sollen. In der nächsten Woche dürfte mindestens über diese wichtigen Vorfragen die Entscheidung fallen."

„Deutsche Tageszeitung": „In der Befestigung und im Ausbau der Rechtsparteien kann man einen erfreulichen Anfang zur Gesundung unseres allzu individualistischen Parteilebens erblicken. Leider eben nur einen Anfang! Denn gerade bei der staatsbürgerlichen Mitte gibt es auch bei dieser Wahl noch ein Übermaß unfruchtbarer Zersplitterung, das vor allem der Rechten Abbruch getan hat . . . Wer sich durch die mit Sicherheit zu erwartenden Fortschritte der Sozialdemokratie ebensowenig beirren ließ, der konnte keinen Augenblick ernsthaft daran zweifeln, daß der 7. Dezember das Ergebnis des 4. Mai im wesentlichen bestätigen würde. Nachdem dieses Ergebnis trotz ungeheuerlichen Aufwandes an Demagogie und an Geld seitens der Linken in so entscheidender Ausprägung eingetreten ist, wird man auch wohl in den Kreisen um Marx und selbst um Dr. Wirth einsehen, daß die staatsbürgerliche Regierung im Reiche nunmehr „unvermeidlich" geworden ist."

„Kreuz-Zeitung": „Zunächst liegt es klar auf der Hand, daß der Zweck der Reichstagsauflösung nicht erreicht worden ist." — „Deutsche Allgemeine Zeitung": „Als einziger Ausweg bleibt also das Kabinett der nationalen Volksparteien, dem sich das Zentrum, wie wir hoffen, nicht versagen wird." — „Berliner Börsenzeitung": „Es steht somit jetzt fest, daß der Linksblock keine Mehrheit hat, daß ohne die Volkspartei keine Mehrheit zu bilden ist, daß aber von den Deutschnationalen bis zum Zentrum eine Mehrheit gebildet werden kann, die stärker als alle übrigen Parteien ist, also als Demokraten, Sozialdemokraten, Kommunisten und Nationalsozialisten zusammengenommen."

„Germania": „Die Gewinne der Parteien, die die Hauptträger der Regierungspolitik gewesen sind, zeigen deutlich, daß die Mehrheit des deutschen Volkes den bisherigen außenpolitischen Kurs der Regierung unterstützt und beizubehalten wünscht. Das wird noch deutlicher, wenn man die verstärkte Sozialdemokratie zu dieser Gruppe hinzurechnet, was ja berechtigt ist, da die Sozialdemokratie die Regierung in ihrer Außenpolitik unterstützt hat. Es läßt sich mit Bestimmtheit sagen, daß auch im neuen Reichstag eine starke Mehrheit für die Außenpolitik der Regierung vorhanden ist."

„Berliner Tageblatt": „Wie die Majoritätsverhältnisse im neuen Reichstag sich gestalten werden, wird erst in einigen Tagen durch Addieren und Subtrahieren festzustellen sein. Aber die Entscheidung des Landes lautet: Für die Republik, für diejenigen und mit denjenigen, die dem republikanischen Staat dienen, ihn schützen und ausbauen wollen."

„Vossische Zeitung": „Eines ist gewiß: den schwarz-weiß-roten Rechtsblock hat das deutsche Volk abgelehnt und verworfen; die Führung der Reichsgeschäfte wird in der Hand der republikanischen Parteien bleiben müssen, die wesentlich gestärkt aus dem Wahlkampf vom 7. Dezember hervorgegangen sind. Das Ergebnis des 7. Dezember bedeutet unzweifelhaft „Für schwarz-rot-gold" und „Gegen schwarz-weiß-rot". Den schwarz-weiß-roten Rechtsblock hat das deutsche Volk abgelehnt."

„Vorwärts": „Die Bildung einer Regierung, die auf einer festen Mehrheit beruht, dürfte auch im neuen Reichstag auf sehr große Schwierigkeiten stoßen." Des weiteren kommt in dem Blatt zum Ausdruck, daß die Sozialdemokratie nicht abgeneigt ist, sich sowohl im Reich als auch in Preußen an der Regierungsbildung zu beteiligen. Sie werde aber auf bestimmte Forderungen nicht verzichten können, die den Schutz des Friedens der Republik in Wirtschaft, Sozial- und Finanzpolitik betreffen.

In Frankreich

Die französischen Blätter legen das deutsche Wahlergebnis als einen offenkundigen Mißerfolg der französischen Regierungspolitik aus.

„Echo de Paris" meint, Herriot habe vergeblich in die wirtschaftliche Räumung der Ruhr eingewilligt und die militärische Räumung für das nächste Frühjahr in Aussicht gestellt. Der Berliner Vertreter des Blattes schreibt: „Der neue Reichstag wird den Rechtsparteien die Möglichkeit bieten, die seit fünf Jahren unaufhörlich und beharrlich verfolgte auf die Auflösung des Versailler Vertrages gerichtete Politik fortzusetzen. Herriot hat auch auf seine Politik der deutschen Demokratie gegenüber nicht die geringste Antwort erhalten."

Der nationalistische „Gaulois" schreibt: „Auf Grund des Reichstagswahlergebnisses ist festzustellen, daß Deutschland sich treu bleibt. Der nationalistische Geist bleibt derselbe."

In den Berliner Depeschen der französischen Korrespondenten wird die Meinung ausgesprochen, daß ein Bürgerblock mit den Deutschnationalen nicht ausgeschlossen sei. Mit Ungeduld erwartet man jetzt die Nachricht über das Zustandekommen einer Regierungsmehrheit, aus der sich das deutsche Kabinett ergeben soll. Bis dahin behalten sich die politischen Kreise der Opposition ihr Urteil über das deutsche Wahlergebnis vor.

„Oeuvre" bringt das Wahlergebnis unter der Überschrift: „Deutschland hat einen Sieg gefeiert, zu dem wir uns beglückwünschen können." Das linksrepublikanische Blatt stellt dann allerdings fest, daß der Wunsch der Pariser Kreise, eines starken Ruckes nach links in Deutschland, nicht in Erfüllung gegangen ist.

Der Kabinettschef Herriots hat im Gespräch mit französischen auswärtigen Pressevertretern der Befriedigung offizieller Kreise über den Ausfall der deutschen Wahlen Ausdruck gegeben. Er sagte, daß die Wahl nach Auffassung der französischen Regierung zur Befriedung Europas erheblich beitrage. Man müsse hoffen, daß Deutschland sich nunmehr entschließen werde, an den Arbeiten des Völkerbundes wirksam teilzunehmen. Mit besonderer Genugtuung habe Herriot festgestellt, daß die deutschen Kommunisten eine Niederlage erlitten hätten und die internationale kommunistische Bewegung mehr und mehr ins Stocken gerate.

In England.

London, 10. Dezember. In hiesigen diplomatischen Kreisen hofft man, daß das Kabinett seine erfolgreiche Leitung der Reichsangelegenheiten fortsetzen werde. In der Presse findet diese Befriedigung einstimmigen Ausdruck.

Die heutigen Morgenblätter bringen lange Kommentare zu dem Ergebnis der deutschen Wahlen. „Daily Telegraph" schreibt, „daß das Ergebnis der deutschen Wahlen im ziemlichen Gegensatz zu dem der letzten Wahlen stehe. Im Mai sei der erwartete Ruck nach rechts eingetreten, aber das sei vorauszusehen gewesen, und das damalige Resultat wäre ein vollkommener Triumph der Nationalisten gewesen. Diesmal sei das Entgegengesetzte eingetreten. Indessen seien die Erwartungen, die man auf der Linken gehegt habe, nicht in vollem Umfang erfüllt worden, und die Aussicht, daß die Linke eine arbeitsfähige Regierung bilden könnte, sei sehr gering. Im großen und ganzen könne man mit der Aufrechterhaltung der Ruhe in Deutschland und der Erfüllung der internationalen Verpflichtungen rechnen. Eine grundlegende Änderung, wie bei den letzten französischen oder englischen Wahlen sei in Deutschland durch die Wahlen nicht eingetreten."

Die „Times" erklären: „Die kluge und geschickte parlamentarische Handhabung von Marx und Stresemann hätten die Gefahren der Extreme abgewendet. Das plötzliche Wachstum der letzteren wurde überall als ein ominöses Symptom anerkannt. Ihre Reduzierung zu verhältnismäßiger Impotenz ist ein Gesundungszeichen. Deutschland hat gezeigt, daß die Mehrheit seiner Bevölkerung die Politik der Erfüllung und des Dawes-Planes unterstütze."

Zu Angersteins Geständnis.

Die Motive zum Mord.

Von Angerstein und seiner Familie erfährt die „Kölnische Zeitung" noch, daß zwei Schwestern des Mörders an Tuberkulose gestorben sind, und er selbst an einem Stirnhöhlenkatarrh litt, bei dem man befürchtete, daß Tuberkeln in das Gehirn dringen konnten. Er wurde damals von dem bekannten Spezialarzt Geheimrat Spieß in Frankfurt behandelt. Seine Frau soll schon lange schwer leidend gewesen sein und einem Skelett ähnlich gesehen haben. Die 14jährige Ehe galt in jeder Beziehung als glücklich. Angerstein selbst, der äußerst solide lebte, war stets um seine Frau besorgt. Bei seinem Geständnis äußerte er, er habe die Männer getötet, weil sie seine Frau immer ärgerten. Die Frau selbst habe er ums Leben gebracht, um sie von ihren Leiden zu befreien. Ein Maschinenmeister namens Ebert, ein langjähriger Angestellter der Firma van der Zypen, war am Mordtag gegen 3 Uhr in das Haus gekommen. Angerstein, der ihm öffnete, schloß sofort hinter ihm zu, weswegen Ebert ihn zur Rede stellte. Ebert arbeitete nahezu eine Stunde im Büro und ging dann unbehelligt fort. Der Mörder behauptet, Ebert geschont zu haben, weil er ihm leid getan habe.

Das Mörderbild im Auge.

In einem Bericht des Wolffschen Provinzialdienstes über die Mordtat in Haiger war die interessante Mitteilung enthalten, daß eine **Photographie des Augapfels** eines der erschlagenen Opfer, das mit geöffneten Augen aufgefunden worden war, den **Beweis der Täterschaft Angersteins erbracht haben soll.** Das erstarrte Auge des betreffenden Opfers habe im Spiegel das Gesicht des Mörders gezeigt, der mit erhobenem Beil vor seinem Opfer stand. Die „Kölnische Zeitung" veröffentlicht heute eine Zuschrift von Professor Dr. Bohne, dem Direktor des Kriminalwissenschaftlichen Instituts an der Universität Köln, der die Möglichkeit der Photographie des Augapfels unter gewissen Bedingungen zugibt. Bohne schreibt unter anderem: „In dem Artikel wird erwähnt, daß sich auf dem Augenhintergrund eines der ermordeten Büroangestellten das Gesicht des mit erhobenem Beil vor seinem Opfer stehenden Mörders befunden habe. Die Möglichkeit eines solchen Augennetzhautbildes bei Ermordeten ist durchaus nicht in Abrede zu stellen. Vielmehr gehen die Untersuchungen dieser Erscheinung bis in die siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts zurück. Vor allem hat sich gezeigt, daß die Netzhaut bei angstvoll gereiztem Nervenzentrum imstande ist, einen Gegenstand nicht nur abzuspiegeln, sondern auch wie eine photographische Platte zu verarbeiten und zu fixieren, und daß sich das Bild solange erhalten kann, als die Retina keinen die Materie zersetzenden Einflüssen ausgesetzt ist.

Der Verfall des Islam.

„The Observer" (Nr. 6. 953) bringt die folgenden bemerkenswerten Betrachtungen über den Verfall des Islams:

„Wenn man die erstaunlichen Veränderungen bedenkt, die in der Türkei während der letzten Jahre und besonders während der letzten Monate vor sich gegangen sind, so wird man oft versucht, darüber nachzusinnen, inwieweit der Islam in diesem Lande noch eine lebendige Kraft ist und wie weit er etwa als Religion so konventionell geworden ist, wie das Christentum für viele Millionen Europäer. Daß die Türken und besonders die Einwohner von Konstantinopel seit langem von ihren Religionsgenossen als schlechte Moslems betrachtet wurden, ist bekannt und diesem Umstande ist es wahrscheinlich zum größten Teil zuzuschreiben, daß der von den Türken bei ihrem Eingreifen in den großen Krieg gepredigte Heilige Krieg in anderen mohammedanischen Ländern so wenig Widerhall fand.

Die türkischen Reformen.

Aber wenn das schon früher die Meinung der übrigen Moslems über die Türken war, was müssen diese dann von ihnen erst jetzt denken, wo das Kalifat abgeschafft worden ist, wo die religiösen Schulen aufgelöst sind, wo die alte geistliche Gerichtsbarkeit dem Justizministerium unterstellt ist und wo in einer Menge kleinerer Verordnungen die Häupter der neuen türkischen Republik gezeigt haben, daß sie entschlossen sind, das ganze alte, trockene religiöse Unterholz, welches das Wachstum des politischen Staatsstammes behinderte, wegzuroden. Man muß zugeben, daß viele dieser Neuerungen oder vielmehr die Art und Weise, wie sie durchgeführt wurden, viel mehr Unzufriedenheit erregt hat, als die ungestümen Reformer von Angora wahrhaben wollen. Die absichtlich schroffe Art, in der der letzte Kalif von der Mehrzahl der nationalistischen Führer ignoriert wurde, die grundlos überstürzte und unhöfliche Art, in der er und alle früheren Mitglieder der kaiserlichen Familie über die Grenze geschafft wurden, die zahlreichen unberechtigten Schmähungen, denen diese Personen monatelang in den Zeitungen ausgesetzt waren, haben überall ein Gefühl des Bedauerns hervorgerufen, daß man es für nötig gehalten hat, die neuen Reformen auf solch unhöfliche Weise und mit so geringer Rücksichtnahme auf die Stimmung großer Volksteile durchzuführen.

Der religiöse Fanatismus.

Nach allem jedoch ist es bemerkenswert, wie wenig diese Unzufriedenheit öffentlich deutlich hervorgetreten ist, und man zieht daher den natürlichen Schluß, daß im ganzen diese Neuerungen mit den Wünschen des Volkes übereinstimmten. Wie weit jedoch diese Annahme genau stimmt, ist schwer zu sagen. In einem Lande, das in letzter Linie von der Faust Mustapha Kemals und der Armee regiert wird, gibt es keine vollständige Redefreiheit, und die Verurteilung einiger reaktionärer Hodjas zum Tode — vollstreckt ist das Urteil noch nicht — ist ein Zeichen dafür, daß eine

Von unpopulären Dingen.

In jüngeren Jahren bin ich auf Riesengebirgswanderungen öfters einmal über den Kamm hinweg nach Böhmen hineingekommen. Welche Herrlichkeiten der Schöpfung zeigte dem Auge allein der Weg hinunter nach Johannisbad! Mir, als geborenem Thüringer, dem das Posener Flachland immer etwas Fremdes geblieben ist, ging über diesen bewaldeten Bergen und tiefen Gründen jedesmal das Herz auf. Dann kam das Schlachtfeld von Trautenau, der Kapellenberg mit seinen Kriegergräbern. Zuletzt gings nach dem hunderttürmigen alten Prag mit seinen mittelalterlichen Baudenkmälern und kirchlichen und geschichtlichen Erinnerungen. Böhmen gefiel mir ausnehmend, nur eins war mir widerwärtig, seine österreichischen Regiezigarren. Brr! Welche Zumutung für jemanden, der aus Deutschland kam.

Als es eines Tages hieß, in Polen solle das Tabakmonopol eingeführt werden, dachte ich sofort an meine Böhmenfahrten. Nun haben wir es selber, das Monopol. Die Zigarrenläden sind wohl zu neun Zehnteln verschwunden, die Tabakarbeiter zumeist abgebaut. Wer einem einmal eine Zigarre anbietet, betont es, wenn er es kann, mit besonderem Nachdruck, es sei noch deutsches Fabrikat. Die Einführung des Tabakmonopols, mag sie staatswirtschaftlich rätlich gewesen sein, war doch eine höchst unpopuläre Maßnahme, und sollten die Monopolerzeugnisse nicht bald besser werden, so wird auch der vom Staate erwartete Gewinn bald zerrinnen.

Aber Rauchen oder Nichtrauchen — es geht auch ohne das. Der Mensch gewöhnt sich an manches. In Szczypiorno gewöhnten wir uns sogar an eingepökeltes Pferdefleisch. Es gibt in unserem Lande öffentliche Maßnahmen die schwerer zu tragen sind, als die Einführung des Tabakmonopols. Und gerade jetzt drohen einige neue von solcher Art. Unter der Überschrift „Genug der Nachgiebigkeit" brachte dieser Tage der „Kurjer Poznański" den Wortlaut einer Interpellation, die die bekannte Abgeordnete Frau Sokolnicka an den Minister für Gewerbe und Handel gerichtet hat. Der Sinn der Interpellation ist kurz der, es sei nicht länger zu ertragen, daß die polnische Post aus Deutschland kommende Briefe befördere, auf denen die Ortsangabe in deutscher Sprache gemacht sei. Denn die deutsche Ortsbezeichnung sei nur zur Herausforderung des Polentums bestimmt. Ich las das und faßte mich an den Kopf. Nun doch wieder einmal das alte Lied von der kochenden Volksseele, das ich für längst verklungen angesehen hatte! Wir hatten die Briefaufschriftsfrage bald nach der politischen Umwälzung schon einmal gehabt. Sie schuf damals eine schwere Not, eine Not nicht bloß für die in neuester Zeit nach Deutschland Abgewanderten, schlimmer noch war sie für die Tausende von Deutschen und Polen, die seit Jahren oder Jahrzehnten drüben wohnten. Woher sollten denn die Leute wissen, wenn — ich rede jetzt aus pfarramtlichen Verhältnissen heraus — eine in Posen oder Birnbaum oder Strasburg geborene Braut deutscher oder polnischer Nationalität für ihr Aufgebot einen Taufschein braucht, daß sie jetzt nach Poznań, Międzychód oder Brodnica zu adressieren haben? Oder wie sollte der westfälische Grubenarbeiter, der für seinen Invalidenrentenantrag einer standesamtlichen Geburtsurkunde vom Standesamte in Schildberg bedurfte, darauf kommen, daß seine Vaterstadt in Ostrzeszów umgetauft ist? Woher sollen die Leute drüben über der Grenze wissen, daß der amtlich sichere Weg solche Dokumente zu erlangen, über die Auswärtigen Ämter und über die Konsulate beider Staaten führt, und daß eine Einziehung der Gebühren durch Postnachnahme, wie sie die Antragsteller bis heute immer wieder verlangen, über die Grenze hinüber gar nicht möglich ist. Man muß nur einmal Briefe mit Adressen, wie die „an das ewangielische Fahramt" der und der Kirche gelesen haben, in dem so eine harrende Braut um ihren „lieben Taufschein" bittet, und man dankt unserer Postverwaltung, daß sie die deutsche Adressierung zu beanstanden längst aufgehört hat, und man kommt gar nicht auf den Gedanken der verehrlichen Frau Sokolnicka, daß hier eine provokatorische Tendenz vorliege. Eine Erledigung der Interpellation im Sinne ihrer Antragstellerin würde auf unsere amtlichen Stellen nur den Vorwurf der Verständnislosigkeit und Herzlosigkeit bringen, bei Polen wie bei Deutschen, die jenseits der Grenze wohnen.

Soeben ist eine Verordnung unseres Herrn Staatspräsidenten herausgekommen, der zufolge die zweiten Feiertage der drei hohen Kirchenfeste vom 1. Januar 1925 an in Wegfall kommen sollen. Mir als Pfarrer läge der Hinweis auf den religiösen Schaden nahe den diese Beschränkung nach sich ziehen wird. Aber ich gehe darauf heute nicht ein. Die Sache hat noch eine andere Seite. Denken wir einmal an Weihnachten. Jede Herrschaft in der Stadt, die ein fühlendes Herz hat, freut sich darüber, wenn sie es ermöglichen kann, das vom Lande stammende Dienstmädchen sobald es sein Weihnachtsgeschenk eingeheimst hat, für einen Tag oder zwei nach Hause gehen zu lassen. Wird aber zukünftig der zweite Weihnachtstag seines Feiertagscharakters entkleidet, so wird es vielleicht noch ein paar Jahre aus Gewohnheit so wie bisher weiter gehen, aber dann ist Weihnachten ein eintägiges Fest wie Himmelfahrt geworden, und der Weihnachtsbesuch im Elternhause ist aufgehoben.

Dem Arbeiter, der in der Stadt beschäftigt ist, aber seine Familie auf dem Lande hat, gehts nicht besser. Jahraus, jahrein fährt er Sonnabends nach Hause, um seinen Lohn nach Hause zu bringen, sich reine Wäsche zu holen und an Weib und Kind einen Tag lang zu freuen. Am Sonntag abend muß er nach der Stadt zurück. Nur dreimal im Jahre wird dieser sich immer gleichbleibende Rhythmus der Woche unterbrochen, an den drei hohen Kirchenfesten, Weihnachten, Ostern und Pfingsten. Künftig fällt seine Freude, einmal zwei Tage zu Hause bleiben zu dürfen, fort. Ob der Herr Staatspräsident das Unsoziale und Unpopuläre seiner Verordnung gar nicht fühlen mag? Sie ist ein wuchtiger Schlag gegen das Gemütsleben des Arbeiters beider Nationalitäten.

Und nun noch eins. Alt geworden, denkt man gerade zu Weihnachten gern an seine Jugend zurück. Wie war es doch einst in der kleinen Landstadt meiner Heimat? Der letzte Schultag vor den Weihnachtsferien ist gekommen. Es ist nur noch ein paar Tage bis hin zum Feste aller heiligen Feste. Morgen früh, wenn es tagt, wird der Handschlitten fertig gemacht, Jungen und Mädchen stapfen hinaus durch den hohen Schnee zum Forsthause, um sich beim herrschaftlichen Förster die Weihnachtstannen zu holen. Fausthandschuhe, ein dicker Schal um den Hals, die Mütze über die Ohren gezogen. So geht die lustige Fahrt los. Nach ein paar Stunden wieder nach Hause. Da gibts auch noch manches zu tun. Da sind Nüsse und Äpfel zu vergolden, Papierketten anzufertigen, Lichter zurechtzustutzen und was noch alles! Der eine hat noch etwas zu kleben und die andere noch eine Weihnachtsarbeit fertig zu häkeln. Jetzt aber das beste. Jungen und Mädchen bekommen eine blaue Küchenschürze vorgebunden, denn das Einrühren und Durcharbeiten des Pfefferkuchen- und Stollenteiges und das Mohnreiben fordert Arbeitskräfte, die sich untereinander ablösen. Wer fleißig mitgearbeitet hat, darf hernach auch die Teigschüsseln und den Mohnreibenapf mit auslecken. Das war allemal die Krönung des ersten Ferientages. Und das alles soll zukünftig nicht mehr sein?

Die Schule soll erst am Tage vor Heiligabend geschlossen werden? So raunen dumpf in den Schulen Schüler und Lehrer, und wer Kinder im Hause hat, hört sie darüber nicht bloß raunen, sondern sich sehr kräftig ausdrücken. Soll es wirklich wahr sein, daß unser Kultusministerium eine derartige Verordnung zu erlassen im Sinne hat? Das wäre nicht bloß unpopulär, es wäre eine Sünde wider den Geist der Weihnacht und der Jugend.

Büchner.

Kunst, Wissenschaft, Literatur.

Hohe Preise auf Boerners Kupferstichauktion in Leipzig. Oberraschend hohe Preise wurden auf der kürzlich von C. G. Boerner in Leipzig abgehaltenen Kupferstichauktion, in der die Dubletten des British Museum, London, und der Albertina in Wien ausgeboten wurden, besonders für Dürer, Rembrandt, Schongauer und Goya erzielt. Dürers Kupferstichpassion brachte 4500 Mark, der verlorene Sohn 3100 Mark, die kleine Passion 3200 Mark, Rembrandts Darstellung im Tempel 11 000 Mark, Christus lehrend 7500 Mark, Der hlg. Hieronymus 8000 Mark, Jan Lutma 6500 Mark, Ephraim Bonus 7500 Mark. Die Apostel von Schongauer 8500 Mark. Von Goya gingen die Caprichos auf 6300 Mark, die Tauromaquia auf 6200 Mark, die Desatros de la Guerra auf 4600 Mark. Ein frühes niederländisches Blockbuch wurde für 21 000 Mark nach England verkauft.

zu große Anhänglichkeit an das alte Regime eine gefährliche Sache ist. Der fortgeschrittene und gereifte Türke sagt einem, daß der religiöse Fanatismus der Vergangenheit angehört, und daß die Feindseligkeit der Gläubigen gegen den Giaur mehr eine Sache der Überlieferung als ein heftiges Verlangen ist, den Fremden wie ehemals vor die Wahl zu stellen, entweder dem Islam beizutreten oder sich den Kopf spalten zu lassen.

Schlechte Moslems.

Wenn nun auch die ungebildete Masse des türkischen Volkes bis jetzt von dem Geiste moderner Forschung kaum berührt ist, so ist doch kein Zweifel, daß sich unter den gebildeten Schichten dieselbe Erscheinung zeigt, wie in anderen Ländern. Wie viele gebildete Türken, fragt man sich, beten wohl regelmäßig fünfmal am Tage. Wie viel von ihnen gehen regelmäßig in die Moschee. Wie viele beobachten wirklich mit aller Strenge die Ramasan-Fasten. Kleine Anzeichen der immer mehr zunehmenden Lockerung der strengen alten Gewohnheiten und Gebote kann man überall sehen. Die Zahl der Frauen, die den Schleier tragen, nimmt fast von Tag zu Tag ab, und die Zahl der Damen der Gesellschaft, die ebenso begierig auf den letzten Foxtrott wie ihre europäischen Schwestern sind, wird immer größer.

Diese und andere Dinge sind vielleicht für den Islam nicht sehr wesentlich, und es ist jedenfalls meine Erfahrung, daß die freidenkerische Bewegung unter den Türken noch nicht die Form des Atheismus angenommen hat. Die fortgeschrittensten sind überzeugte Monotheisten, die nicht zu weit vorausgehen wollen, aus dem Grunde, weil das, was die Wissenschaft bis jetzt entdeckt hätte, in gar keinem Verhältnis zu dem stände, was man eines Tages wissen würde, und daß deshalb eine zu gründliche Änderung des Glaubens sich nicht lohne. Das ist wenigstens das Argument, das mir neulich ein hochgestellter Beamter anführte. Es war sicherlich eine typische türkische Betrachtungsweise, die nicht wenig dazu beitrug, mir zu erklären, warum sein Ressort zwar mit Takt, aber mit völliger Unwirtsamkeit arbeitete.

Das Ende des Kalifates.

Als die Türken den Kalifen vertrieben, beanspruchten sie den Dank anderer mohammedanischer Mächte, zu denen auch wir gehören, und zwar aus dem Grunde, weil sie freiwillig der wegen des Kalifen entstandenen Agitation ein Ende gemacht hätten. Die Türkei hat, nach der Ansicht einer großen Anzahl moderner türkischer Republikaner, genug zu Hause zu tun und kann sich nicht mehr länger damit befassen, als der Vorkämpfer des Islams zu paradieren. Solch eine Politik muß im Verein mit dem Verlust der heiligen Plätze auf die Dauer eine Wirkung auf die religiöse Verfassung eines Landes ausüben, in dem so viele Jahrhunderte lang der Grundsatz in Geltung war, daß der Islam nicht nur eine Religion, sondern auch eine Politik sei."

Aus Stadt und Land.

Posen, den 11. Dezember.

Warnung!

In den letzten Wochen soll eine Schwester in Diakonissentracht in dem südlichen Teile unserer Wojewodschaft im Auftrage des Pfarrers Jost aus Pleschen für die Jost-Strecker-Anstalten öffentlich Liebesgaben einsammeln. Pfarrer Jost hat niemanden beauftragt, und für die Anstalten wird öffentlich nicht gesammelt. Also beruht die Sache auf Betrug. Vielleicht verlegt die Betrügerin ihren Wirkungskreis jetzt in eine andere Gegend. Wir bitten, sie, wenn sie bei ihren Sammlungen betroffen wird, der nächsten Polizeibehörde zuzuführen.

Namensänderung. Die Stadt Solec im Kreise Bromberg hat durch Dekret des Innenministers vom 22. November d. J. den Namen „Solec Kujawski" erhalten.

Maul- und Klauenseuche. Amtlich wird bekanntgegeben, daß in der Gemeinde Maniewo und auf dem Gute Nieczajna im Kreise Oborniki die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen ist. Nieczajna sowie Gemeinde und Vorwerk Maniewo sind Isolierbezirk während der ganze Polizeidistrikt Oborniki-Süd als Beobachtungsbezirk erklärt ist mit Ausnahme der Orte Jaryszewo, Biączewo Dębega, Osowo, Sycyn und Przecinnica.

Vom Wetter. Das Thermometer zeigte heute, am 11. Dezember früh 6 Uhr 5 Grad Kälte.

Der eigentliche Grund zum Selbstmord. Die in unserer letzten Nummer gebrachte Meldung über den Selbstmord des Herrn Kabat in Górna Wilda infolge eines Streites, an dem seine Ehegattin die Schuld haben, und auch Grund zum Selbstmord gegeben haben soll, treffen nicht zu, da Herr Kabat seit langer Zeit an Nervenanfällen gelitten hat und der Selbstmord eher in seiner Krankheit zu suchen sei.

⚔ Selbstmord. In einem hiesigen Hotel hat sich gestern eine gewisse Stanisława Misik mit durch einen Revolverschuß das Leben genommen. Der Grund hierzu ist in einem unglücklichen Liebesverhältnis zu suchen. Die Tote ist 21 Jahre alt.

* Graudenz, 9. Dezember. Wieder ist ein schwerer Einbruchsdiebstahl am hellen Tage verübt worden. Der Bäckermeister Kowalski in der Rehdenerstraße hat im oberen Geschoß eine Stube, in der seine Leute wohnen. Ein Geselle und drei Lehrburschen haben dort ihre Sachen. Am Mittwoch zwischen 9 und 10 Uhr vormittags wurde die Füllung der verschlossenen Tür eingeschlagen. Dem Anscheine nach wurde dazu ein Seitengewehr verwendet. Die Stube wurde dann vollständig ausgeplündert. Mäntel und Anzüge, darunter neue, ungebrauchte Wäsche, Taschenuhr und ein Koffer wurden mitgenommen. Von Leuten die in dem Hause wohnen, wurde in der benachbarten Zeit ein Mann in Soldatenuniform bemerkt, dessen Anwesenheit auffällig war. Nach Angabe der Polizei kommen derartige Diebstähle recht häufig vor, und es ist wenig Aussicht auf Wiedererlangung der Sachen vorhanden. Die jungen Leute haben durch den Einbruchsdiebstahl ihre gesamte Habe verloren.

* Obornik, 10. Dezember. Der für den 16. Dezember angesetzte Jahrmarkt findet wegen der Maul- und Klauenseuche nicht statt. Auch der Krammarkt fällt aus.

Rum Jamaika
Arrac de Batavia
Original franz. Cognac
der besten Marken
echte Weinbrände
u. Weinbrandverschnitte
sowie in großer Auswahl
In- u. Auslandsliköre
offeriert zu sehr annehmbaren Preisen
Wein- und Spirituosen-Großhandlung
A. Glabisz vorm. Gebr. Andersch
Telephon 3400 Poznań Stary Rynek 50

Handel, Wirtschaft, Finanzwesen, Börsen.

Handel.

♂ **Neuer Leiter der polnischen Abteilung der Danziger Messe.** Die Leitung der polnischen Abteilung der 3. Danziger Internationalen Messe hat der bisherige Geschäftsführer der Danziger Handelsgesellschaft „Bałtyk", Herr Hauptmann z. D. v. Zakrzewski, übernommen.

Geschäftsstelle Warschau der Danziger Messe. Die Messeleitung hat Herrn Teophil Pietraszek, Warschau, Marschalkowska 115, mit der Leitung der Geschäftsstelle Warschau der 3. Danziger Internationalen Messe beauftragt. Die Eröffnung der Geschäftsstelle Warschau erfolgte am 1. Dezember d. Js.

Starke Platznachfrage auf der Danziger Messe. Wie wir seinerzeit mitgeteilt haben, belegte eine große Anzahl der Aussteller der Oktobermesse die innegehabten Plätze bereits zur III. Danziger Internationalen Messe, die bekanntlich vom 5.—8. Febr. 1925 stattfinden wird. Alle Beteiligten haben ihre Plätze vergrößert, u. a. eine Warschauer Firma von 12 auf 80 Quadratmeter. Infolge dieser starken Vorbestellungen ist für neue Firmen nur recht beschränkter Raum vorhanden, so daß eine schnelle Anmeldung geboten erscheint.

Schweden und Dänemark auf der Danziger Frühjahrsmesse. Wie der Messeleitung vom Allgemeinen Schwedischen Exportverein Stockholm mitgeteilt worden ist, liegt bereits jetzt der Beschluß des Vorstandes vor, die Danziger Frühjahrsmesse 1925 wiederum mit einer Kollektivausstellung schwedischer Erzeugnisse zu beschicken. Der Allgemeine Schwedische Exportverein ist die größte Organisation dieser Art für Schweden, er umfaßt alle schwedischen Industrie- und Großhandelsfirmen und steht unter dem Protektorat des Königs. Zur Danziger Oktobermesse hatte dieser Verein bekanntlich ebenfalls eine Kollektivausstellung und entsandte seinen Syndikus nach Danzig, der in Begleitung des Syndikus der Stockholmer Handelskammer von Danzig aus eine orientierende Reise durch Polen machte. Die Eindrücke, die beide Herren auf der Danziger Messe hatten, haben dahin geführt, daß die Danziger Frühjahrsmesse 1925 von schwedischer Seite aus große Beachtung und Förderung erfährt. Von großer Bedeutung ist auch der Abschluß des polnisch-schwedischen Handelsvertrages, der unmittelbar bevorsteht. Auch aus Dänemark liegen bereits Anmeldungen zur nächstjährigen Messe in Danzig vor.

Geldwesen.

≡ **Diskontermäßigung bei der Bank Polski.** Auf der letzten Aufsichtsratssitzung wurde der Diskontsatz auf 10 Prozent pro anno, der Prozentsatz für die Lombardierung der durch Wertpapiere gesicherten Anleihen auf 12 Prozent und der durch Devisen mit einem Zahlungstermin über drei Monate gesicherten Anleihen auf 10 Prozent herabgesetzt. Im Zusammenhang hiermit hat die Bank Polski allen Banken mitgeteilt, daß die Privatbanken weiterhin bei ihr nur Kredite erhalten, wenn sie ihre eigenen Diskontsätze auf höchstens 20 Prozent jährlich festsetzen. Zuschläge in Form von Provisionen und Porti sind unzulässig. Die Bank Polski wäre andererfalls gezwungen, die Konten zuwiderhandelnder Banken einzustellen.

Konkurse.

In der Konkursache der Firma „Ziarno Siewne" T. z o. p. hat die erste Gläubigerversammlung als Verwalter den Kaufmann J. Kantorowicz hier, ul. Nowa 7 gewählt an Stelle des ernannten Verwalters Selle.

Von den Märkten.

Von den polnischen Holzmärkten. Auf dem Krakauer Holzmarkt ist infolge der größeren Nachfrage deutscher und französischer Firmen eine Belebung eingetreten. In der letzten Zeit stellte sich ein Mangel an Schnittmaterial ein, da die Sägewerke ihren Betrieb bis auf ein Minimum reduziert haben. Aus diesem Grunde weisen die Preise eine feste Tendenz auf. Man zahlte zuletzt loko Verladestation in Złoty je Kubikmeter: inländisches Schnittmaterial für Tischler in Tanne und Fichte 50, in Eiche 135, Rundholz in Tanne und Fichte für Sägewerke 18, Eichenklötze für Sägewerke 53. Auf dem Lodzer Holzmarkt ist das Geschäft abgeschwächt und die Nachfrage gering. Die Gründe dafür liegen im herannahenden Ende der Bausaison und im Bargeldmangel. Das Angebot ist befriedigend. Die Aussichten für die kommende Saison sind günstig, da man mit einer starken Belebung des Baumarktes rechnet. Kiefernes Tischlerholz wurde mit 60—70 zł je Kubikmeter loko Verladestation Lodz gehandelt. Kieferne Baubretter kosteten 40—45, Eichenbretter 80—85 zł. Auf dem Wilnaer Holzmarkt haben sich die Umsätze in der verflossenen Woche vergrößert. Infolge des großen Bargeldmangels sind die Preise abgebröckelt. Man zahlte zuletzt loko Verladestation Wilna oder Ufer des Flusses Wilja bei Wilna je Kubikmeter: Kiefernklötze 20—25 Zentimeter Durchmesser 9 bis 10 Schilling, 25—30 Zentimeter 12 Schilling, 30—40 Zentimeter 14 Schilling, über 40 Zentimeter 16 Schilling, in Fichte 20 Prozent billiger. Grubenholz 7—7½ Schilling, Telegraphenstangen 8 Schilling. Sleepers 6½—6½ Schilling je Stück, Papierholz 8—9 Schilling je Festmeter. Espenholz für Zündhölzer 26 Schilling je Kubikmeter. Auf dem Lubliner Holzmarkt ist die Tendenz schwach. Die Nachfrage hat jedoch etwas zugenommen. Größere Geschäfte kommen nicht zustande, da die hohen Eisenbahntarife und die weiten Entfernungen jede Kalkulation unmöglich machen. Die Lubliner A.-G. für Holzindustrie notierte je Kubikmeter in zł loko Verladestation: Kistenbretter ¾ Zoll 25, Zimmerbretter ¾ Zoll 30, 1 Zoll 34, 1½ Zoll 38, Zimmerbalken über 2 Zoll 44, Kantholz je nach Länge und Stärke 32—50, Bretter und Balken 60 und darüber hinaus.

Häute. Warschau, 9. Dezember. Für Rohhäute wurden im städtischen Schlachthofe folgende Preise für 1 Kilogr. Frischgewicht notiert: Rind 1.11, Kalb 2.60—2.70, Pferd 16—17 zł pro Stück.

Getreide. Warschau, 10. Dezember. Im privaten Verkehr wurden für 100 Kilogramm franko Verladestation notiert: Weizen 26, Roggen 20, Hafer 21, Gerste 24, Weizenkleie 15.50, Roggenkleie 14, Raps 42, Leinkuchen 24, Rapskuchen 22; franko Warschau für 1 Kilogramm Weizenmehl 50prozentiges 0.48, Roggenmehl 50prozentiges 0.40. Tendenz schwach.

Metalle. Berlin, 10. Dezember. Für 1 Kilogramm Raffinadekupfer mindestens 99—99,3 Prozent 1.24—1.25, Originalhüttenweichblei 0.77—0.78, Hüttenrohzink im Verkehr 0.71½ bis 0.72½, Remelted und Plattenzink 0.62½—0.68½, Originalaluminium in Blocks, Barren, gewalzt und gezogen mindestens 98 b. 99 Prozent 2.30—2.35, in Barren gewalzt und gezogen 99 Proz. 2.40—2.45, Banka Straits und Austral-Zinn 5.15—5.25, Hüttenzinn mindestens 99 Prozent 5.00—5.15, Reinnickel mindestens 98 bis 99 Prozent 3.20—3.30, Antimon Regulus 1.17—1.20, Silber in Barren Probe mindestens 0.900 95.50—96.50, Gold pro Gr. 2.81½—2.82½, Platin 14.75—15.

Getreide. Chicago, 8. Dezember. (Cts. für 1 bushel.) Weizen Dezember 158⅞, Mai 164, Juli 145, Mais Dezember 121¾, Mai 126¼, Juli 127½, Hafer für Dezember 57⅝, Mai 62⅞, Roggen für Dezember 135½, Mai 140¼.

Hamburg, 9. Dezember. Notierte Ziff. pro 100 Kilogr. in Hfl. Weizen. Manitoba I Dezember 18.10, II 17.60, III 17, Rosafe Januar 16.55, Barusso Januar 16.55, Hartwinter 16.35, Tendenz fest. Roggen Westernrye II Januar 15.25, Tendenz anhaltend. Mais La Plata loko 11.70, Bessarabien loko 11.60, Mixed II Februar 11.50, Tendenz fest.

Kurse der Posener Börse.

Für nom. 1000 Mkp. in Złoty:

Wertpapiere und Obligationen:	11 Dezember	10. Dezember
6proz. Listy zbożowe Ziemstwa Kred.	4.90	—.—
Bony Złote	0.97	0.96½
Banktien:		
Kwilecki, Potocki i Ska. I.-VIII. Em.	—.—	4.00
Bank Przemysłowców I.—II. Em.	3.00	3.00
Bank Zw. Spółek Zarobk. I.-XI. Em.	6.00	6.00
Polski Bank Handl., Poznań I.—IX.	2.00	—.—
Industrieaktien		
Browar Krotoszyński I.—V. Em.	2.00	2.00
O. Cegielski I.—IX. Em.	0.50	0.55
Centrala Rolników I.—VII.	0.60	0.60
Centrala Stór I.—V. Em.	1.40	1.40
Goplana I.—III. Em	—.—	4.15—4.30
E. Hartwig I.—VII. Em.	1.25	1.25
Hurt. Związkowa I.—V. Em	0.15	—.—
Hurt. Spółek Spożywców I.-III. Em.	—.—	0.60
Herzfeld-Viktorius I.—III. Em.	3.80—3.90	3.35—3.55
Kuban, Fabryka przetw. ziemn. I.-IV.	67.50	—.—
Dr. Roman Mav I.—V. Em.	25	—.—
Młyny i Tartaki Wągrow. I.—II. Em.	14	—.—
Młyn Ziemiański I.—II. Em.	1.40	—.—
Płótno I.—III. Em.	—.—	0.25
Pozn. Spółka Drzewna I.—VII. Em.	—.—	0.50—0.55
Tri I.—III. Em.	—.—	12
„Unja" (früher Bentzli) I.—III. Em.	5.50	5.50
Wisła, Bydgoszcz I.—III. Em.	7	—.—
Wojciechowo Tow. Akc. I.—III. Em.	—.—	0.19
Zjed. Browar. Grodziskie I.—IV Em.	1.25	—.—

Tendenz: unverändert.

Börsen.

≠ **Zum offiziellen Handel an der Posener Börse** hat der Börsenrat in seiner Dienstagssitzung, am 9. Dezember, folgende Werte zugelassen: nom. 150 000 000 Mk. Aktien I. Em. der Aktiengesellschaft Georges Geiling in Posen und nom. 4 929 000 000 Mk. VI.—VII. Em. der Sp. Akc. Bank Francusko-Belgijsko-Polski dla Przemysłu i Rolnictwa

≠ **Kurssturz an der Warschauer Fondsbörse.** Obwohl das Angebot von Aktien an der Warschauer Börse im allgemeinen recht minimal ist, da ungefähr 90 Prozent aller Aktien für den Börsenhandel nicht in Frage kommen, weil sie sich in der Hand von Großaktionären befinden oder bei den Banken verpfändet sind, sind die Kurse bei fast vollkommenem Geschäftsstillstand weiter zurückgegangen. Einigermaßen sensationell wirkte vor einigen Tagen das Angebot eines größeren Aktienpakets der Warschauer Kohlengrubengesellschaft, das von einem ihrer Hauptaktionäre auf den Markt geworfen wurde. Der dadurch hervorgerufene starke Kurssturz wird voraussichtlich andauern, da eine so große Zahl von Aktien kaum untergebracht werden kann. Von bekannteren Aktien sind ferner gesunken: Bank Dyskontowy um 10 Prozent, Bank Handlowy um 18,5 Prozent, Bank Zachodni um 10,8 Prozent, Warszawski Cukier um 14 Prozent, Kohlenaktien um 16 Prozent, von metallurgischen Aktien Ostrowice um 9,4 Prozent, Wędrzejow um 14,5 Prozent, Rudzki um 23,5 Prozent, Starachowice um 11 Prozent, von den Textilwerten Zyrardow um 19 Prozent. Geringere Kursverluste erlitten fest verzinsliche Papiere, und Staatspapiere, wie die Goldanleihe und Miljonówka, sind sogar etwas gestiegen.

≠ **Der Złoty am 10. Dezember. Danzig:** Złoty 102.74—103.26, Ueberweisung Warschau 102.24—102.76, **Zürich:** Ueberweisung Warschau 99.35 **London:** Ueberweisung Warschau 24.45, **Neuyork:** Ueberweisung Warschau 19.25 **Prag:** Złoty 650—656, Ueberweisung Warschau 651.75—657.75, **Wien:** Złoty 13 540, Ueberweisung Warschau 13 610—13 510. **Bukarest:** Ueberweisung Warschau 38.82. **Czernowitz:** Ueberweisung Warschau 38.75, **Riga:** Ueberweisung Warschau 102.

≠ **Warschauer Börse vom 10. Dezember. Bankwerte: Bank** Diskontowy 5.10, Bank Handlowy 5.00, Bank dla Handlu i Przemysłu 1.00, Bank Zachodni 1.60, Bank Związek Spół. Zarobk. 6.00. **Industriewerte:** Cerata 0.46, Kijewski 0.20, Puls 0.33, Spieß 1.25, Chemikalja Zgierz 1.75, Elektr. Dąbr. 1.20, Tow. Elektryczne 0.15, Stat Swiało 0.49, Chodorów 5.10, Częrsk 0.50, Częstocice 1.92, Gosławice 2.10, W. T. F. Cukru 3.20, Firley 0.31, Kopalnia Węgli 2.80, Bracia Nobel .60, Cegielski 0.54, Lilpop 0,62, Modrzejewski 4.00, Norblin 0.67, Ostrowiecki 6.60, Parowóz 0.34, Poltsk 1.10, Rehn 0.4, Rudzki 1.15, Starachowice 2.02, Ursus 1.02, Zieleniewski 9.60, Zawiercie 20.00, Żyrardow 17.80, Borkowski 0.92, Haberbusch u. Schiele 4.80, Spiritus 2.60, Cmielów 0.60, Kluczewska Fabr. Pap. 0.32.

≠ **Krakauer Börse vom 10. Dezember.** B. Sp. Zarobkow. 6.10, Hypoteczny 0.51—0.58, Ziemski Kredyt. 0.15, Tohan 0.32, Cmielów 0.53, Zieleniewski 9.40—9.50, Cegielski 0.50—0.52, Parowozy 0.31, Trzebina Żel. 0.61—0.62, Sierza górn. 4.70, Elektrownia 0.24, Tepege 2.40, Polska Nafta 0.63—0.64, Pokucie 0.40, Trzebinia mydło 8.00—9.00, Chodorów 5.05—5.20; **nicht notierte Werte:** Szkło w Krośnie 1.20.

≠ **Berliner Börse vom 10. Dezember.** (Amtlich.) Helsingfors 10.552—10.592, Wien 5.91—5.98, Prag 12.67—12.71, Budapest 5.71—5.73, Sofia 3.06½—3.07½, Holland 169.84—170.26, Christiania 63.82—63.98, Kopenhagen 74.51—74.69, Stockholm 113.06—113.34, London 19.71½—19.76½, Buenos-Aires 1.618 b. 1.622, Neuyork 4.19½—4.20½, Belgien 20.79—20.85, Mailand 18.17½—18.21½, Paris 22.65—22.71, Schweiz 81.27—81.47, Spanien 58.48—58.62, Danzig 78.27½—78.47½, Japan 1.613 bis 1.617, Rio de Janeiro 0.488—0.490, Jugoslawien 6.31—6.33, Portugal 19.73—19.77, Konstantinopel 2.29—2.30.

≠ **Wiener Börse vom 10. Dezember.** (In 1000 Kronen.) Mraźnica 58—62, Tepege 38—39.5, Montany 67.1, Zieleniewski 129, Karpaty 204.1, Fanto 268, Galicja 1845, Schodnica 250, Lumen 11.5, B. Hipot 8, Kol. Poln. 11800, Nafta 192, Kol. Lwów-Czern. 165, B. Malop. 5, Brow. Lwow. 126, Kol. Potud. 60.1, Alpine 391, Silezja 17.8, Krupp 225.2, Praskie Tow. Żel. 1950, Huta Poldi 656, Port. Zement 333, Rima 131, Goleszów 680, Skoda 1300.00.

≠ **Danziger Börse vom 10. Dezember** (Amtlich.) Dollar 25.19½, Scheck 25.19, Neuyork 5.3366—5.3634, Schweiz 103.34 bis 103.96, Holland 216.45—217.55, Berlin 127.081—127.719 Reichsmark 127.929—128.571.

≠ **Züricher Börse vom 10. Dezember.** (Amtlich.) London 24.25, Paris 27.85, Wien 72.80, Prag 15.60, Mailand 22.33⅜, Sofia 3.81¼, Holland 208.80, Stockholm 139.10, Spanien 72.20, Bukarest 2.63⅝, Berlin 12.90, Belgrad 7.78⅜, Athen 9.35, Konstantinopel 9.88⅜.

≠ **1 Gramm Feingold bei der Bank Polski am 11. Dezember 1924 = 3.4748 zł.** (M. P. Nr. 283 vom 10. 12. 1924.)

Warschauer Vorbörse vom 11. Dezember.

Dollar 5.16. Englisch Pfund 24.30. Schweizer rani 100. Französischer Frank 27.79.

Die heutige Ausgabe hat 8 Seiten.

Verantwortlich für den gesamten redaktionellen Teil und die Beilage „Die Zeit im Bild": Robert Styra. Für die Anzeigen: M. Grundmann. — Druck und Verlag der Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A. in Poznań.

Aus Stadt und Land.

Posen, den 11. Dezember.

Stadtverordnetensitzung.

Die Überfallepidemie in Posen. — Die Varsovieaffäre. — Mitgliedergehälter im Großen Theater? — Die Nachtragskredite abgelehnt. — Wird das Theater geschlossen?

Die gestrige Stadtverordnetensitzung, die einen ausgedehnten Verlauf nahm, endete mit der sensationellen Ablehnung der Nachtragskredite für die in städtischer Regie verwalteten Theater, obwohl eine Annahme in der Luft zu liegen schien. Mit einer Mehrheit von 2 Stimmen fiel ein Verweigerungsbeschluß, dessen Wirkung einer gewissen Konsternation nicht entbehrte, die sich auf den erstaunten Gesichtern malte. Wohl pflegte die Theaterverwaltung immer einer Kritik unterzogen zu werden, aber das Gespenst der Theaterschließung konnte trotz aller Ungunst doch gebannt werden. Gestern wurde außerordentlich schweres Geschütz aufgefahren, und die Redeschlacht fiel zu ungunsten des Magistrats aus. Doch besteht die Hoffnung, daß ein Ausweg aus der heiklen Lage gefunden werden wird.

Die denkwürdige Sitzung begann mit einem kleinen Scharmützel über die Erledigung der in der letzten Zeit sich häufenden Eingänge, unter denen sich auch eine Eingabe der Straßenbahner betreffs der geplanten Erhöhung der Abonnementskarten befand. Die Sicherheitsverhältnisse in der Stadt waren Gegenstand einer Interpellation des Stadtv. Zniadek von den Sozialdemokraten, in der u. a. die Varsovie-Affäre, der Überfall auf den „Gtos Poznański", die Sekretärzahl-Epidemie und auch das Hirschlik-Abenteuer Erwähnung fand. Eine Entschließung, in der der Magistrat angegangen wird, bei der Polizeibehörde, gegen die der Interpellant zu Felde zog, hinsichtlich einer Besserung zu intervenieren, fand nur die Unterstützung der Parteikollegen und fiel somit durch.

Dagegen wurde eine Resolution, die sich unter Hinweis auf das Arbeitslosenelend gegen die Reduktionen im Bekleidungsamt wendet, angenommen.

Von der Tagesordnung wurden zunächst zwei Wahlvorlagen erledigt, worauf drei Positionen der Vorlage über die Nachtragskredite für das diesjährige Budget zur Sprache kamen.

Eine ausgedehnte Theaterdebatte, in der das enorme Defizit seziert wurde, leitete Stadtv. Wybicralski als Referent ein.

Als Urheber des Fehlbetrages, der sich auf ungefähr 250 000 Zloty beläuft, führte er die lange Urlaubszeit der Opernschauspieler, deren unmäßig hohe Gagen, die sogar die Ministergehälter übersteigen, den ungenügenden Theaterbesuch, zu dem auch die Landleute beitrügen, und innenverwaltliche Mängel an, die von der zur Revision der Theaterverwaltung eingesetzten Sonderkommission festgestellt wurden.

Was die Gagen betrifft, so läßt der Verband polnischer Bühnenschauspieler seine Kraft als Organisation spüren.

Trotz der Theaterrevisionsresultate, die in einer besonderen Denkschrift niedergelegt sind, ließe der Gedanke an das hohe künstlerische Niveau der Posener Oper die ungeheuren Ausgaben weniger schmerzhaft empfinden. Der Fehlbetrag soll teilweise durch Besteuerung der Lichtspieltheater, die weniger kulturfördernd sind, gedeckt werden.

Die Bewilligung der Nachtragskredite war seitens der zuständigen Kommission mit vier Bedingungen verklausuliert. Die erste betraf die Zweiteilung der Theaterdezernentschaft im Hinblick auf entsprechende Bewältigung der künstlerischen, wie der finanziell-verwaltlichen Seite der Aufgabe. Die zweite Forderung verlangt strikte Innehaltung des Budgets und jeweilige Bewilligung nötiger Kredite. Die dritte Klausel nimmt gegen die Höhe der Gagen Stellung und die vierte fordert Vorsicht beim Abschluß neuer Kontrakte.

Stadtv. Turtos wies auf den Gegensatz hin, der zwischen der Ersparnis in der Position „Armenfürsorge" und dem ungeheuren Theaterdefizit besteht, und verlangte zum Schluß vom Magistrat soziale Erweiterung der Kulturarbeit.

Stadtv. Budzyński, der hinter dem kleinen Gewitter, das über dem Magistrat heraufzog, schon den Regenbogen sah, das heißt, doch mit einer Beschließung der Nachtragskredite für das Budget der Stadttheater, das traditionelle Sorgenkind der Stadtverwaltung, rechnete, hielt der Theaterdeputation vor, weshalb sie nicht schon früher mit den Vorwürfen hervorgetreten sei.

Stadtrat Cynka verteidigte den Magistrat und wies unter anderem darauf hin, daß andere Städte, wie Krakau, Lemberg und Warschau, hinsichtlich der Theater schlimmer dran seien.

Vizepräsident Dr. Kiedacz erklärte, daß eine Ablehnung der Nachtragskredite sehr nachteilige Folgen haben würde, und daß die Stadtverordneten, um dem berechtigten Stolz auf die Posener Theater weitere Existenzberechtigung zu verleihen, die Vorlage annehmen müßten.

Trotzdem wurde sie mit 13 gegen 11 Stimmen abgelehnt.

\# **Das Diplom als Arzt** erhielten am 29. November an der Universität in Lemberg die Kandidaten Leonard Lisiecki aus Rogowo und Wincenty Pietrykowski aus Exin.

\# **Verlegt.** Wie wir aus dem Polizeipräsidium erfahren, ist das 8. Polizeikommissariat, das sich bisher in der ul. Matejki befand, nach der ul. Bukowska Nr. 2 verlegt worden.

\# **Feuer.** In der gestrigen Nacht wurde die hiesige Feuerwehr nach dem Hause Grobla Nr. 7 gerufen, wo verschiedene an einem Ofen hängende Arbeiteranzüge in Brand geraten waren. Das Feuer konnte nach kurzer Zeit gelöscht werden.

X **Verschwunden.** Seit dem 7. Dezember ist eine gewisse Helene Rybak aus dem elterlichen Hause verschwunden. Das Mädchen ist 12 Jahre alt, ungefähr 140 Zentim. groß, blond, hat blaue Augen, spitze Nase und ist mit einem braunen Paletot und schwarzen Schuhen bekleidet. Wer über den Verbleib des Mädchens irgend etwas mitteilen kann, wird gebeten, sich an die Eltern in der ul. Samarzewskiego oder an die Polizei zu wenden.

X **Diebstähle.** Von einem Wagen in der ul. Długa wurde eine Decke im Werte von 100 Zloty gestohlen. — Aus einem Lager in der ul. Ryga wurden 10 Affenfelle gestohlen, die einen Wert von 1000 Zloty darstellen.

X **Polizeistatistik.** Festgenommen wurden in der gestrigen Nacht und am Abend insgesamt 14 Personen.

Wir bitten unsere werten Abonnenten, bei ihren Weihnachts-Einkäufen sich in erster Linie derjenigen Firmen zu bedienen, welche in unserer Zeitung inserieren.

Geschäftsstelle des „Posener Tageblatts".

Vereine und Veranstaltungen usw.

Donnerstag, den 11. 12., bis auf weiteres: Radfahrer-Ver. in Poznań, abends 7 Uhr, in der Turnhalle der Knothe-Below'schen Schule. Übungsabend in Radball und Reigenfahren.

Freitag, den 12. 12., abends 8 Uhr: Evang. Vereinshaus. Verein Deutscher Sänger. Gesangsübung.

Sonnabend, den 13. 12.: Evangelisches Vereinshaus: Krippenspiel, abends 6 Uhr.

Sonntag, den 14. 12.: Evangelisches Vereinshaus: Krippenspiel, abends ½5 Uhr.

\# **Die Weihnachtsfeier des Vereins Deutscher Katholiken** findet am Freitag, dem 19. Dezember (nicht, wie ursprünglich angesagt, am Donnerstag, dem 18.) im großen Saal des Ev. Vereinshauses statt. Beginn 7 Uhr. Einlaß nicht vor 6 Uhr.

\# **Deutsche Volkshochschule.** Einem mehrfach geäußerten Wunsche entsprechend, wird noch einmal an dieser Stelle darauf hingewiesen, daß seit etwa zehn Tagen deutschkundliche Arbeitsgemeinschaften für die fortbildungsbeflissene Jugend beiderlei Geschlechts eingerichtet sind. Die Kurse finden einmal in der Woche, bis auf weiteres Donnerstag von 8—10 Uhr in den Räumen des Deutschen Gymnasiums statt. Sie bezwecken, den jungen polnischen Staatsbürgern deutscher Zunge in zwangloser Aussprache das notwendigste Wissen vom Wesen ihres eigenen Volkstums und von der Verfassung des polnischen Staates zu vermitteln. Interessenten können sich jederzeit noch einzeln oder durch die Jugendverbände beim Kursusleiter, Stud.-Ass. Klemenz, Deutsches Gymnasium, anmelden.

\# **1000 Zloty umsonst gezahlt.** Drei Wohnungsschwindler haben sich die herrschende Wohnungsnot zunutze gemacht und einen gewissen Herrn Maya Silberberg aus Warschau, der in der ul. Wodna 7 ein Geschäft innehatte und dasselbe gekündigt bekam, um obige Summe für ein Lokal, das sie ihm angeboten hatten, geprellt. Eines Tages, als sich Herr Silberberg wieder auf der Suche nach einem für ihn passenden Lokal befand, gesellten sich zu ihm zwei Männer, die ihm, als sie erfahren hatten, worum es Herrn S. ging, anboten, gegen ein entsprechendes Honorar natürlich, ein Lokal zu vermieten. Herr Silberberg, der nichts Böses ahnte, ging darauf ein, und sofort wurde der Verlauf abgeschlossen. Der „Hauswirt" hatte glücklicherweise sofort seine Mietsbücher zur Hand und stellte eins davon auf den Namen des Wohnungssuchenden aus, und dieser mußte nach Verabredung auch sofort die ersten 1000 Zloty zahlen. So bekam der „leidende Hauswirt" Geld und der „Wohnungslose" eine Wohnung. Der Vermittler, der ihm das Geschäft zugewiesen hatte, mußte auch seinen Teil bekommen, und Silberberg zahlte diesem noch 50 zł und den anderen Klienten, der geholfen hatte, den Handel perfekt zu machen, 150 zł. Stillbergnügt ging Herr Silberberg nach Hause, aller Sorgen ledig, und beschloß, am nächsten Tage sogleich nochmals zum Hauswirt, dessen Adresse er ja im Mietsbuch hatte zu gehen, um ihm die Miete im voraus zu bezahlen. Aber wie groß war sein Erstaunen, als er in dem Hauswirt nicht mehr seinen liebenswürdigen Gönner von gestern erkannte. Als er sein Mietsbuch hervorzog und die quittierte Rechnung zeigte, stellte sich heraus, daß er geriebenen Schwindlern in die Hände gefallen war. Herr Silberberg ging darauf sofort zur Polizei und meldete den Vorfall, worauf auch bald die angeblichen Hauswirte festgenommen und hinter Schloß und Riegel gebracht werden konnten. Von dem Gelde, das er ihnen gegeben hatte, war natürlich nichts mehr vorhanden.

* **Stenschewo,** 10. Dezember. Ein Kram-, Pferde-, Vieh-, Schweine- und Kleinviehmarkt findet am 17. Dezember statt.

* **Tirsa,** 10. Dezember. Der neue Präsident des hiesigen Sąd Okręgowy, Piwoński, wurde am 6. d. Mts. durch den Präsidenten des Appellationsgerichts, Zakrzewski, in Posen in Gegenwart aller Beamten feierlich in sein Amt eingeführt.

* **Pudewitz,** 10. Dezember. Wegen der Maul- und Klauenseuche fällt der Jahrmarkt am 16. Dezember aus.

* **Rawitsch** 10. Dezember. Der auf den 19. Dezember angesetzte Jahrmarkt findet bereits am 18. Dezember statt.

* **Wongrowitz,** 6. Dezember. Der Jahrmarkt am Donnerstag war sehr stark belebt. Bei Rindvieh war der Auftrieb bedeutend, besonders in Kühen, aber auch in Jungvieh. Umgesetzt wurde aber nur ein geringer Teil. Der Futterzustand des Viehs war meist gut. Auch in Pferden war große Auswahl, darunter ziemlich viel gutes Material; das Geschäft schien hier etwas belebter als auf den letzten Märkten. Außerordentlich stark war der Krammarkt beschickt: der Marktplatz war bis auf den letzten Fleck besetzt mit den Verkaufsständen der Händler, mit Schuhwaren, Schnittwaren, Kleidungsstücken, Spielwaren usw. An den Ständen herrschte einiges Leben. Butter kostete 2 bis 2,20 zł, für Eier wurden 4 zł verlangt.

Aus dem Gerichtssaal.

Posen, 7. Dezember. Das Dienstmädchen Marja Doroszewska hat ihre Dienstherrin Olszewska und deren Aftermieterin Bajkowska dauernd und ausgiebig bestohlen. Dafür verurteilte sie die Strafkammer zu 15 Monaten Gefängnis. Die Doroszewska ist aber schon vorher wegen Diebstahls zu 5 Monaten verurteilt worden, die sie jedoch noch nicht verbüßt hat. Deshalb hat ihr die Strafkammer für beide Fälle zusammen 20 Monate Zuchthaus als Weihnachtsgeschenk aufgebrummt.

Bromberg, 7. Dezember. Vor der Bromberger Strafkammer standen am 5. d. Mts. der Ingenieur Łempicki als Verfasser des Artikels und der verantwortliche Redakteur des „Dziennik Bydgoski", Andrzej Trelle, wegen Veröffentlichung des Artikels „Smutne czasy" (Traurige Zeiten), in welchem die Armee beleidigt wurde. Durch das persönliche Eingreifen des Generals Tommé hat die Sache seinerzeit viel Staub aufgewirbelt, worüber wir ausführlich berichtet haben. Gegen Łempicki beantragte der Staatsanwalt 8 Monate Gefängnis und 1000 Zloty Strafe, gegen Trelle 6 Monate Gefängnis und Tragung der Kosten. Das Gericht verurteilte Trelle zu 14 Tagen Arrest und 200 Zloty Strafe und sprach Łempicki frei. Der Staatsanwalt hat sofort Berufung eingelegt.

Geschäftliche Mitteilungen.

Nervosität und Licht.

Es gibt nervöse Menschen, ja sie sind wohl heute in der Mehrzahl, die sich über jede Kleinigkeit aufregen und in ihrem Wohlbefinden durch Unzulänglichkeiten des täglichen Lebens stark gehemmt werden. Solche Menschen stört es z. B. ungemein, wenn die künstliche Wohnungsbeleuchtung Unvollkommenheiten zeigt. Petroleum und Gas sind reich an Tücken des Objekts. Bei der Petroleumlampe verursacht falsch behandelter Docht schlechtes Brennen und Blaken, der Geruch fällt dem Empfindlichen auf die Nerven. Das Gaslicht attackiert die überreizten Nerven mit sausenden oder knatternden Geräuschen. Zu ungelegenster Zeit verlagt der Glühstrumpf und das Einsetzen eines neuen Strumpfes bedeutet für den Nervösen eine harte Geduldprobe. Nur das elektrische Licht ist frei von allen solchen Tücken. Es ist eine Wohltat nicht nur für den Neurastheniker, sondern für jeden Menschen, denn es ist unumstritten das gesündeste und vollkommenste Licht das wir haben. Besonders die neue Osram-Nitra-Lampe, oval, erfüllt alle Forderungen, die wir an eine künstliche Beleuchtung stellen. Sie gibt helles, aber ganz blendungsfreies, gleichmäßig verteiltes, weiches Licht.

Dixin
Henkel's Seifenpulver

ist sparsam im Gebrauch und von ausgezeichneter Waschwirkung!

Ankäufe u. Verkäufe

Wir bieten antiquarisch zum Kauf an:

Dr. Springer. **Die Aerztin im Hause,** mit 900 Orig.-Illustr., 56 Tafeln u. Kunstbeilagen, geb.

P. Leixner. **Illustr. Literaturgeschichte** der fremden Literaturen, 2 Bde., geb.

Ferner neu:

Taschenwörterbuch der poln. u. deutsch. Sprache geb.

Wir bieten antiquarisch gut erhalten an:

Ungar. Tänze, für Pianof., 2 handig.

Kursch, **Bettlerliebe,** Lied für Alt und Bariton mit Klav.-Begleitung.

Asten **Fröhliche Weihnacht O du fröhliche** usw., mit Klav.-Begleitung.

Spindler. **Mazurka.**

Konopacki **mod. Walzer.**

Pessen. **Der Schäfer putzt sich,** Lied für Alt, m. Klav.-Begleitung.

P. Wecker. **Wunsch u. Entsagung,** Lied mit Klav.-Begleitung.

Versandbuchhandlung der **Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A.**

Ausverkauf.

Wir liquidieren unser Manufakturwarengeschäft und veranstalten einen **Ausverkauf bis zum 17. Dezbr.** d. Js. zu ganz bedeutend herabgesetzten Preisen für: Anzugstoffe in **Kammgarn u. Streichgarn, Flauschen** und **Ulster** für Mäntel, Schneiderzutaten, Weißwaren und anderes.

Georg Bin u. Paul Arndt,
Fredry (Fr. Paulikirchstr.) Nr. 4, I. A.

Bitte unser Lager ohne Kaufzwang zu besichtigen.

Verkaufe,

vertausche oder verpachte meine

Landwirtschaft,

135 Morg. groß, guter Boden, im Kreise Międzychód, an der Chaussee Sieraków—Wronke gelegen. Angeb. unt. **M. 1485** an die Geschäftsst. des Blattes erbeten.

Original Kulmbacher Bier

von **Conrad Kitzling**

empfiehlt

Restaurant Duchowski,

Poznań, św. Marcin 66.

Obwieszczenie.

W rejestrze spółdzielni zapisano 1) 24. września 1924 r. przy nr. 65 Deutsche Arbeiterwohnungs-Genossenschaft Sp. zo. odp. Przymusowa administracja zniesiona zarządzeniem Min. Spraw Wewnętrzn. z dnia 12. lipca 1924 r. i dnia 25. października 1924 r. Likwidacja ukończona. Firma wygasła.

Poznań, dnia 4. 12. 1924.

Sąd Powiatowy.

Wir empfehlen zur Anschaffung und sofortigen **Lieferung:**

E. Meyer,

der polnische Staat,

seine Verwaltung u. sein Recht.

Preis 3 Złoty

nach **auswärts** mit Hinzurechnung des Portos.

Versandbuchhandlung der **Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt T. A. Poznań,** Zwierzyniecka 6.

Weihnachtswunsch!

Bescheidenes, unbescholtenes evgl. Frl. aus ehrbarer Familie (Forsthaus), tüchtig in Küche und Hof, von gutmütigem Charakter, ist gewillt, eine

Herrenbekanntschaft

zwecks späterer **Heirat** einzugehen. Herrn im Alter von 35—45 Jahren, auch Witwer ohne Anhang, denen an einem zufriedenen Heim gelegen ist, wollen ihr Angebot richten unter **1501** an die Geschäftsst. dieses Blattes.

Weihnachtswunsch!

Gutsbesitzersohn, Anfang 30er, ev., dunkel, welcher das elterliche Grundstück (3 0 Mrg.) übernimmt, wünscht passende

Damenbekanntschaft zw. späterer Heirat.

Tauschheirat bevorzugt.

Werte Off. mit Bild u. Angabe der Verhältn. unter **Glückauf 1496** an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Arbeitsmarkt

Wegen Abwanderung des reichsdeutschen Stelleninhabers suche zum 1. 1. 25 jüngeren verheirateten

evgl. Beamten

unter meiner persönlichen Leitung für Mielno. Zunächst nur schriftliche Bewerbungen mit Gehaltsansprüchen erbeten.

Ed. von Wendorff, Modliszewko (Mühlburg), pow. Gniezno.

Junges Mädchen sucht im kaufm. Betriebe

Nebenbeschäftigung in den Abendstunden.

Angeb. unter **830** an die Geschäftsst. des Bl. erbeten.

Gutsverwalter,

Oberschlesier, 40 Jahre alt, mit allen landw. Betrieben aufs beste vertraut, in jetziger Stellung 8 Jahre, **sucht per bald od. 1. April 25** anderweitig

dauernden Wirkungskreis.

Off. erb. unt. **A. G. 1499** an die Geschäftsst. ds. Blattes.

Revierförster,

36 J. alt, 20 Jahre im Fach, geb. Vizefeldwebel, mit sämtlichen Facharbeiten gut vertraut, Hundedresseur, Signalhornbläser und Fasanenzüchter, poln. Staatsbürger, sucht, gestützt auf gute Zeugnisse und Empfehlungen, von sofort oder später Dauerstellung.

Off. unt. **1493** an die Geschäftsst. d. Blattes erbeten.

Ein **junges Mädchen,** deutsch-evangelisch, möchte die Damenschneiderei erlernen und sucht von sofort Stellung. Off. unt. **1257** an die Geschäftsst. des Blattes erbeten.

Junges Mädchen, 22 J. alt, sucht zum 1. Januar oder später **Stellung** als

Stütze.

Gefl. Off. unt. **B. 1498** an d. Geschäftsst. d. Blattes erb.

Landwirtstochter, 19 J. alt, evgelisch, polnisch sprechend, die 2 Jahre die **Küche** auf einem Rittergute erlernte und schon selbst kocht, sucht vom **1. Januar 25**

entsprechende Stelle

auf Gut oder Villa. Empf. steht zur Seite.

Off. unt. **G. 1497** an die Geschäftsst. d. Blattes erbeten.

an der Beratung u. a. Vizepremier Thugutt, Justizminister Zychliński, die Staatsanwälte Hübner und Rudnicki und der Präsident des Obersten Gerichts, Mogilnicki, teil. Es wurde festgestellt, daß die Bildung von Journalistenkammern, die durch Anhängigmachung von Disziplinarverfahren und Anwendung von Strafen in den Journalistenverhältnissen eine Sanierung bewirken würden, und zu entscheiden hätten, ob das Motiv der erhobenen Vorwürfe Sensationssucht, böser Wille und dergl. sei, beschleunigt werden müsse.

Ein neuer Konsularvertreter.

Der Staatspräsident hat dem Konsul von Nikaragua, Antoni Wiatrak, dessen Sitz Danzig sein wird, die Beglaubigung erteilt. Wiatrak ist bereits Konsul von Guatemala und Honduras. Nikaragua ist also der dritte südamerikanische Staat, der die Vertretung in seine Hände gibt.

Das englische Parlament eröffnet.

Die Thronrede.

Das englische Parlament ist vom König in feierlicher Weise eröffnet worden. In der Thronrede wurde unter anderem folgendes gesagt:

„Das britische Volk verlangt für die Ermordung des Sidar eine Sühne, die die Achtung vor den britischen Lebensinteressen sichert. Die Prüfung eines mit den Dominien aufzusetzenden Sicherheitsprotokolls hat begonnen. Die Regierung wünscht keine Unterbrechung des normalen Handelsverkehrs mit Rußland und erklärt, daß das Handelsabkommen von 1921 zur Förderung des gegenseitigen Handelsverkehrs Verwendung finden werde. Die Regierung erbittet weiter die Ratifikation des Handelsvertrages mit Deutschland. Der Prinz von Wales wird im kommenden Jahre Südafrika und Argentinien besuchen. Der Flottenstützpunkt Singapur soll ausgebaut werden. Dem Parlament werden Gesetzesvorschläge unterbreitet werden zur Ausdehnung der Vorzugszölle auf die Erzeugnisse der Dominien. Der Zweck des Gesetzes ist die Sicherung der Beschäftigung in denjenigen Industrien, die nach sorgfältiger Prüfung einer solchen Ausnahmebehandlung bedürfen. Die Thronrede umreißt die Grundlinien einer energischen Politik zur Lösung des Arbeitslosenproblems sowie zur Beseitigung der Wohnungsnot und der Teuerung.

*

Es sind noch keine elf Monate her, seitdem König Georg V. das vorige englische Parlament mit der Verlesung der Thronrede eröffnete. Sie war das Abschiedswort der konservativen Regierung Baldwin, ehe sie ihren Platz der Arbeiterpartei einräumte. Die damals im Wahlkampf geschlagene Regierung steht heute wieder da und läßt durch den Mund des Königs die neuen Richtlinien der englischen Politik verkünden. Durch die Wahlen hat sich die Lage in England völlig verändert. In den letzten hundert Jahren ist in England keine konservative Regierung im Amt gewesen, die eine so starke Mehrheit im Parlament aufwies. Hierin liegt natürlich auch eine gewisse Gefahr, da gerade die eignen Anhänger die Regierung mit Anregungen, Wünschen und Forderungen überhäufen. Schon durch die geschickte Zusammensetzung des Kabinetts suchte Baldwin diese Gefahr zu bannen. Wenn man die Thronrede liest, die uns allerdings nur in dem obigen kurzen Auszug vorliegt, so kann man nicht sagen, daß sie besondere Überraschungen böte. Allerdings ist sie auch nicht mehr so farblos wie die letzten Thronreden, aus denen man ersehen konnte, daß die Regierungen inner- und außenpolitisch schwieriges Fahrwasser vor sich hatten und die Klippen des Anstoßes vermeiden wollten. Der heutigen Regierung sind die Hände nicht mehr gebunden. Als leitender Gedanke zieht sich durch die Thronrede der britische Reichsgedanke. Mit den Dominien will die neue Regierung wieder die engste Fühlung nehmen. Ihre Wünsche sollen wieder mehr berücksichtigt werden als es in der letzten Zeit geschah, wo allerhand Unstimmigkeiten zwischen den Regierungen der Dominien und der Londoner Regierung zu verzeichnen waren. Auf der Londoner Konferenz war es sogar zu einem Zwischenfall gekommen, weil die Vertreter der Dominien sich zurückgesetzt fühlten. Zunächst soll die Reichsvorzugsbehandlung, die von der Reichskonferenz im Jahre 1917 erklärt wurde und seit 1919 in Kraft ist, ausgedehnt werden. Besonders bedeutsam ist die Aufstellung eines Sicherheitsprotokolls, die im Einvernehmen mit den Dominien, die gegen das Genfer Protokoll Widerspruch erhoben haben, erfolgen soll. Dieses Protokoll wird demnächst die Welt stark beschäftigen, da von ihm in besonderem Maße die Entwicklung der internationalen Politik abhängt. In der Richtung der britischen Reichspolitik liegt auch der angekündigte Ausbau des Flottenstützpunktes in Singapur, der besonders von Australien gefordert wird. Daß die Thronrede ausdrücklich hervorhebt, die Regierung wünsche keine Unterbrechung des normalen Handelsverkehr mit Rußland, zeigt deutlich, wie frostig die Beziehungen zwischen England und Rußland seit dem bekannten Notenwechsel geworden sind. Ob die Regierung Baldwin diesmal mit mehr Glück als früher die Arbeitslosenfrage lösen wird, sei dahingestellt. Man kann gespannt darauf sein, welche neuen Heilmittel jetzt angepriesen werden. Bisher ist noch keine Regierung damit fertig geworden, weil jede verkannte, daß es sich bei dieser Frage gar nicht um eine englische innerpolitische Angelegenheit handelt. Die Lösung der Arbeitslosenfrage hängt ganz wesentlich von der Beruhigung der durch den Krieg und die Nachkriegszeit politisch und wirtschaftlich aufgewühlten Welt ab. Die Thronrede wird der erste Gegenstand der parlamentarischen Erörterung sein, und zwar werden zunächst die innerpolitischen Fragen besprochen werden. Die auswärtige Politik soll erst am 15. und 16. Dezember behandelt werden, wenn Austen Chamberlain, der Staatssekretär des Auswärtigen, aus Rom zurückgekehrt ist.

Frankreichs Sieg über den Kommunismus.

Scharfe Anklagerede Herriots in der Kammer. — Vertrauensvotum mit 319 gegen 29 Stimmen. — Bruch zwischen Sozialisten und Kommunisten.

Der linkssozialistische Abgeordnete Lafont interpellierte in der Kammer über die kommunistischen Verhaftungen und warf Herriot vor, daß er nicht eine genügend strenge demokratische Politik betreibe. Compère Morel erklärte, der Kommunismus habe nur in Paris und Vororten Fuß gefaßt und beginne schwach zu werden. Das hätten die deutschen Wahlen bewiesen, bei denen die Kommunisten an die Sozialdemokraten hätten Stimmen abgeben müssen.

In der Nachmittagssitzung kam es zu einer allgemeinen Aussprache über den Kommunismus. Besonders traten die Sozialdemokraten hervor und sprachen den Kommunisten jeden Einfluß auf die Arbeitermassen ab.

Herriot hielt den Augenblick für gekommen und hielt folgende Rede: „Die Regierung will kein Blut an den Händen haben. Nach einem so schrecklichen Kriege, wie wir ihn durchmachen mußten, gibt es nichts Schrecklicheres, als einen Bürgerkrieg. Wir können einander im Parlament bekämpfen. Es gibt aber eine Grenze, die die Regierung nicht überschreiten lassen wird, nämlich die Achtung vor dem menschlichen Leben, das sie zu schützen verpflichtet ist. Im übrigen wird die Regierung methodisch und umsichtig zu Werke gehen."

Ferner erstattete Herriot Bericht über die in der Kommunistenschule in Bobigny vorgefundenen Lehrbücher und die Aufwiegelungsschriften für die chinesischen, marokkanischen und syrischen Nationalisten gegen Frankreich. Er kündigte scharfe Maßnahmen gegen die ausländischen Kommunisten und Einschränkung des Waffenverkaufes an. Zu den Kommunisten gewandt, fuhr Herriot mit erhobener Stimme fort: „Sie werden vielleicht Unruhen und Zusammenstöße hervorrufen. Wir werden uns dem widersetzen."

Hierauf stellt Herriot die Vertrauensfrage. Mit 319 gegen 29 Stimmen spricht die Kammer ihr Vertrauen aus. Es ist das nicht nur ein Kammersieg, sondern ein Sieg über den Kommunismus. Hinter dem Kabinett steht jetzt ganz Frankreich, so daß die Regierung ungehindert die angekündigten Maßnahmen wird treffen können. Auch in den Kolonien wird Frankreich dieselben Schritte unternehmen. Die Kommunisten werden schwerlich ihre Hetzpolitik fortsetzen können.

Der größte, der auffälligste Erfolg für Frankreich liegt in dem Bruch zwischen Sozialisten und Kommunisten.

Litauens Willkür.

Drei Proteste wöchentlich.

Je kleiner der Staat, um so größer ist sein Größenwahn. Wer könnte bestreiten, daß dem nicht so ist. Und Litauen ist doch gewiß keine Großmacht, die ernstlich in Europa ins Gewicht fällt. Dafür ist aber die Willkür, die man in diesem Zwergstaat betreibt, so aufsehenerregend, daß die ganze europäische Welt zum Aufhorchen gezwungen wird. Was können wir nicht alles in dieser Nachkriegszeit erleben! Verdrängung, Chikane, Ungerechtigkeit, parteiliches Gerichtswesen, Säbelrasseln, Verleumdung, kleinliches Gezänk und widerliche Hetze. Alle diese schönen Eigenschaften aber sind besonders den ganz kleinen Staaten eigen, die nach dem „Selbstbestimmungsrecht der Völker" auf der Landkarte geduldet sind. Besonders Litauen hat sich da Dinge geleistet, die schon öfter die Welt in Erstaunen setzten. Man hat sich mit diesem Staat ein Kuckucksei ins Nest gelegt und nun, da dieser Kuckuck langsam ausgekrochen ist und flügge zu werden beginnt, verdrängt er seine Stiefgeschwister mit aller Kraft. Polen hat unter diesem litauischen Kuckuck sehr viel auszustehen, aber auch Deutschland, dessen beste Geister dieses Kuckucks Lebensberechtigung in kultureller Hinsicht anerkannt haben, werden mit einer Münze bezahlt, die sie tiefe Reue empfinden läßt, daß man sich jemals für Litauens Geistesexistenz einsetzte.

Der Memeltusch, auch so eine Besetzung der „unbefreiten Gebiete" in einen Landesteil, wo die überwiegende Bevölkerungszahl deutsch war und ist, steht noch in lebhafter Erinnerung. Nun hat man einen Prozeß gegen siebzehn junge Kaufleute angestrengt, die angeblich einen „Putsch" inszenieren wollten, um Memel von Litauen loszureißen. Diese siebzehn junge Leute waren ohne Waffen. Es ist unerfindlich wie diese das litauische Heer überrumpeln wollten. Aber das tut nichts. Die siebzehn Mann wollten eben, so spukts in den litauischen Gehirnen, und darum wird ihnen der Prozeß gemacht. Beispiele, wie man Gründe findet, sind bekannt. Wir brauchen garnicht so weit zu suchen.

Aus Berlin geht uns folgender Bericht zu:

„Morgen beginnt in Kowno vor dem litauischen Kriegsgericht der Prozeß gegen die angeblichen memelländischen Putschisten. Das durch den litauischen Putsch im Jahre 1923 von den Litauern „eroberte" Memelgebiet sollte bekanntlich nach dem Spruch des Völkerbundes eine weitgehende Autonomie erhalten. Litauen hat jedoch bisher immer verstanden, die Erfüllung dieser Zusage hinauszuziehen.

Nun wurden vor einigen Monaten in Memel 17 Personen, hauptsächlich junge Kaufleute verhaftet, weil sie die Absicht gehabt haben sollen, ein selbständiges Memelland auszurufen. Die äußeren Begleitumstände dieser „polizeilichen Aufdeckung" waren schon merkwürdig genug, denn man kann sich nicht recht vorstellen, wie 17 unbewaffnete junge Leute gegen die litauische Besatzung in Stärke eines Regiments erfolgreich hätten vorgehen können. Einem der jungen Leute ist es gelungen, rechtzeitig zu entfliehen. Er ist nach Deutschland gekommen, und so hat man Näheres über die Geschichte erfahren können, die von den Litauern selbst mit den Schleiern des Geheimnisses umgeben wird.

Aus den Angaben dieses Flüchtlings geht hervor, daß es sich um eine reine Spitzelgeschichte handelt. Die litauische Regierung hat sich dadurch offenbar nur das nötige Material beschaffen wollen, um einen Grund zu haben, die Durchführung der Autonomie weiter hinauszuschieben. Tatsächlich ist das Kriegsgericht in Kowno gar nicht zuständig für den jetzt anhängigen Prozeß, denn das Memelland besitzt doch eigene Justizhoheit. Die litauische Regierung hat jedoch am 6. August eine Verordnung erlassen, die die Zuständigkeit des Kriegsgerichts ausspricht.

Die deutsche Regierung hat, wie wir erfahren, gegen diese Verordnung energisch protestiert, weil sie gesetzwidrig ist und eine Verletzung der Justizhoheit des Memellandes darstellt. Die litauische Regierung hat darauf erwidert, es sei schwer möglich, die Verordnung wieder abzuändern. Sie erklärte sich aber bereit, gewisse Zusicherungen hinsichtlich einer Verständigung zu machen. Unter den Verhafteten befinden sich vier Reichsdeutsche, von denen allerdings die Litauer drei auch noch als Memelländer reklamierten. Für diese Reichsdeutschen wurde auf deutschen Wunsch ein reichsdeutscher Verteidiger zugelassen. Ferner wurde auch zugesagt, daß gegen das Urteil des Kriegsgerichts Berufung an das Memeler Obertribunal möglich sein sollte, an welchem zwei memelländische Richter fungieren, die in der Berufungsinstanz hinzugezogen werden sollen.

Heute früh nun hat, wie wir erfahren, die litauische Regierung plötzlich erklärt, das Kriegsgericht hätte die Zulassung des deutschen Verteidigers abgelehnt. Bei einem solchen Verhalten der Litauer ist auch die Befürchtung berechtigt, daß die versprochene Genehmigung hinsichtlich der Berufungsinstanz nicht gehalten werden wird. Die Reichsregierung hat deshalb soeben telegraphisch einen energischen Protest an die litauische Regierung gerichtet.

Diesem Vorgehen der deutschen Regierung kann sich die gesamte öffentliche Meinung Deutschlands und der Welt nur vollinhaltlich anschließen, denn dieses ganze Verfahren stellte eine einzige Verletzung des Memeler Statutes dar. Dabei muß darauf hingewiesen werden, daß sogar die Besatzungsmächte in Westdeutschland reichsdeutsche Verteidiger zugelassen haben. Übrigens hat die Reichsregierung in der letzten Zeit wöchentlich durchschnittlich drei Proteste nach Kowno richten müssen."

Deutsches Reich.

Um die neue Regierung.

Berlin, 10. Dezember. Wie uns aus Zentrumskreisen mitgeteilt wird, ist der Fortbestand des Kabinetts Marx bis zum Zusammentritt des Reichstages wahrscheinlich. Die Besprechungen zwischen Kanzler und Parteiführer, die am Wochenende in Berlin beginnen sollen, würden nicht den sofortigen Rücktritt des Kabinetts betreffen, sondern zunächst nur die durch die Reichstagswahlen geschaffenen Parteiverhältnisse im Reichstag. In diesen Kreisen erwartet man auch, daß Reichspräsident Ebert auf Vorschlag der Sozialdemokraten Herrn Marx mit der Bildung des neuen Reichskabinetts beauftragt. Die Berechnung für eine bürgerliche Rechtskoalition im neuen Reichstag von 270 gegen 220 Stimmen wird in Zentrumskreisen als richtig angesehen, jedoch der Ausschluß der Sozialdemokraten abgelehnt.

Alles beim Alten.

Berlin, 11. Dezember. (Privattelegramm.) Die heute vorliegenden Presseauslassungen aus den Parteikreisen des Zentrums bestätigen das unbedingte Festhalten an der Person des Reichskanzlers Marx. Auch in der demokratischen Presse zeigt sich lebhafte Neigung für eine neue Kanzlerschaft Marx'. Da man einer wohlwollenden Neutralität der Sozialdemokratie, als der stärksten Partei des Reichstages, versichert zu sein scheint, trotz der Forderung der Gewerkschaften nach unbedingter Linksregierung, so kann man schon heute annehmen, daß Marx bleibt und daß auch im Reichstag alles so gut wie beim alten bleibt. Hierfür sind Millionen an deutschen Geldern nutzlos aufgewendet worden, denn das demokratische Achtuhrabendblatt schätzte am Wahltag die Gesamtkosten der Wahl mit 15 Millionen Mark, und der „Vorwärts" versicherte, man habe wählen müssen, um eine Rechtsregierung zu verhindern.

Die erste Fraktionssitzung.

Berlin, 10. Dezember. Wie wir erfahren, tritt am Sonnabend als erste Fraktion des Reichstags die sozialdemokratische zusammen. Auch der Parteivorstand ist nach Berlin einberufen. Die Sitzungen werden sich voraussichtlich ausschließlich mit der Frage der Bildung einer ausgesprochenen Linksregierung befassen, für die die Gewerkschaften und der sogenannte Crispin-Flügel in der Partei eintreten, während die Führer der Partei und auch die Parteipresse keineswegs für diesen radikalen Versuch der Lösung geneigt scheinen. Die Auslassungen im „Vorwärts" sprechen nur von einem „gebührenden Anteil der Sozialdemokraten" an die Leitung der Reichsgeschäfte.

Aus anderen Ländern.

Sie wetten.

Rotterdam, 10. Dezember. (Privattelegr.) Der „Courant" meldet aus London: Montag früh wurden bei Lloyd in London die ersten Wetten für die neue deutsche Regierungsbildung angenommen. Man nannte gegen Mittag einen Stand der Wetten für den Fortbestand der Kanzlerschaft Marx 3:1. In den Lloydwetten über den Ausgang der deutschen Wahlen sind „Daily Chronicle" zufolge, fast 11 Millionen Schilling umgesetzt worden.

Der Matteottiprozeß.

Genf, 10. Dezember. (Privattelegramm.) Wie die Turiner „Stampa" aus Rom meldet, ist der Prozeß gegen die Mörder Matteottis auf den 28. Januar anberaumt. Die Anklage lautet auf Verbrechen des Mordes und der Beseitigung eines Leichnams.

Frankenrückgang.

Rotterdam, 10. Dezember. An der Neuyorker Börse trat gestern ein neuer Rückgang des französischen Franken ein. Der Franken fiel auf 5.40. Auch London meldet sinkende Frankenkurse. Der neue Rückgang ist um so auffälliger, als die französische Anleihe in Paris um 60 Prozent überzeichnet worden ist.

Schlußfolgerungen.

Zürich, 10. Dezember. In der Wiedergabe der Resultate der deutschen Wahlen durch die Stefanigagentur ist interessant, daß die amtliche Agentur bei der Zusammenstellung der Wahlergebnisse ausführt, die Wahlen hätten keinen Zusammenbruch der rechten Parteien gebracht, aber eine unbedingte Mehrheit für Deutschlands Beitritt in den Völkerbund. Man müsse wünschen, daß der Aufnahmeantrag jetzt bald in Genf eingehe.

Kommunisten.

Basel, 11. Dezember. (Privattelegramm.) Aus Frankreich werden Dienstag nachmittag weitere Kommunistenausweisungen gemeldet. Ihre Zahl beträgt insgesamt bisher schon 110. Es sind vorzüglich Italiener und Deutsche mit falschen Pässen, dann vornehmlich Polen. Beim Verlassen des Sowjetgesandtschaftsgebäudes wurden Dienstag abend acht Kommunisten festgenommen, in deren Besitz Waffen vorgefunden wurden, die sie zweifellos in der Botschaft erhalten haben müssen. (Basl. Ang.)

Letzte Meldungen.

Senatorenwahl in Danzig.

In der Mittwochsitzung des Danziger Volkstages wurde die Wahl des Präsidenten des Danziger Senats und der sieben Hauptsenatoren vollzogen. Nach einer kurzen Erklärung des Vorsitzenden der Danziger Volkspartei verließen die sozialdemokratischen Abgeordneten, die Kommunisten und Polen den Sitzungssaal, worauf die Abstimmung begann. Zum Präsidenten des Danziger Senats wurde wiederum Sahm mit 72 Stimmen von 73 abstimmenden Abgeordneten gewählt. Hauptsenatoren wurden die Senatoren: Dr. Strung mit 64 Stimmen, Dr. Schwarz mit 66 Stimmen, Dr. Leske mit 56 Stimmen, Dr. Freund mit 61 Stimmen, Dr. Holzmann und Senator Runge mit je 59 Stimmen, sowie der Senator Wierczynski mit 60 Stimmen.

Neue Währung in Oesterreich.

Blättermeldungen zufolge will die österreichische Regierung in den nächsten Tagen im Nationalrat einen Gesetzentwurf einbringen über eine neue Valuta, deren Grundlage der Schilling gleich 10 000 bisherigen Kronen sein wird.

Ein Protest.

Die „Stunde" meldet, daß anläßlich der Ernennung Joffes zum Sowjetgesandten in Wien von seiten Südslawiens Vorstellungen dahin gemacht worden sind, daß die Ernennung Joffes die Bildung einer kommunistischen Agitationszentrale bedeute, die gegen die Balkanstaaten gerichtet sei.

Wiederwahl des österreichischen Bundespräsidenten

Heinisch ist wieder zum Präsidenten der österreichischen Republik gewählt worden.

Grubenunglück.

Wie aus Manchester gemeldet wird, hat sich in einer Kohlengrube in Blayton ein Grubenunglück ereignet. Es entgleiste ein Wagen der Kohlenbahn. Drei Bergleute wurden verschüttet und fanden den Tod, acht Bergleute trugen Verletzungen davon.

Der Putsch in Estland.

Rotterdam, 11. Dezember. (Privattelegramm.) Die „Morningpost" meldet aus Riga, daß man dort von der russisch-estländischen Grenze her noch immer starken Kanonendonner vernehme. Obwohl eine nur amtliche Mitteilung aus Reval besage, daß die Ruhe wiederhergestellt worden sei, könne man an der Grenze Estlands fortwährend Brände im Innern des Landes beobachten, ebenso russische Truppenkonzentrationen östlich des Peipussees.

Estnische Freikorps gegen Kommunisten.

7 Kilometer von Reval entfernt kam es zu einem Zusammenstoß zwischen Militär und Kommunisten. Die Kommunisten hatten 3 Tote, darunter 2 Führer. Überall in Estland werden nach finnischem Muster Schutzkorps gebildet. In Dorpat haben sich 1000 Studenten, in Reval 2000 zusammengeschlossen. Es ist festgestellt worden, daß die russischen Teilnehmer in Sowjetrußland Agitatorenkurse besucht haben und mit falschen Pässen ausgerüstet worden sind.

Kino Apollo

Ab Freitag, den 12. d. Mts. 4½, 6½, 8½.

MARY PICKFORD

in

ROSITA

(Die Strassensängerin)

Eine spanische Romanze in 10 Akten

Regie: Ernst Lubitsch

Spannend. — Bezaubernd. — Aufregend. — Betörend.

Billetts 12—2 Uhr. Billetts 12—2 Uhr

Ich empfehle zu

Weihnachten

das **Allerneueste** in

Hüten

Habig :: Borsalino :: Wilke

Krawatten Handschuhen
Oberhemden beste Zephyr-Qualität
Pyjanas Hausjacken
Hosenträger Unterkleidung

Streng reelle Preise

MARCIN WITTKOWSKI

Poznań *Plac Wolności 1*
Gegr. 1903. Gegr. 1903.

Nervöse, Neurastheniker,

die an Reizbarkeit, Willensschwäche, Energielosigkeit, trübe Stimmung, Lebensüberdruß, Schlaflosigkeit, Kopfschmerzen, Angst- und Zwangszuständen, Hypochondrie, nervösen Herz- und Magenbeschwerden leiden, erhalten kostenfreie Broschüre von **Dr. Weise** über Nervenleiden.

Dr. Gebhard & Co. Danzig,
Kass. Markt 1 b.

Eine in **Deutsch-Oberschlesien** an der Oder gelegene **30 Tonnen-**

Dampfmühle

mit neuesten, modernsten Maschinen ist wegen Krankheit des Besitzers unter äußerst günstigen Bedingungen

zu verkaufen.

Gefl. Offerten unter **F. L. 1469** an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Kiefern-Bauholz III. u. IV. Kl.

Rüststangen, Leiterbäume, **trockene Kloben I Kl.** sowie II. Kl. hat abzugeben

Ernst Molluer, Jastrowa, pocz. Wronki.

Motor — Anhängepflüge
für alle Traktoren, insbesondere für
W. D.-Raupenschlepper
Ford, Fiat, Renault.
Witt & Svendsen, G. m. b. H.
Fabrik- und Großhandlung Landw. Maschinen und Geräte, **Danzig.**

Brennereien Achtung!
Ihr spart an Fracht und Feuerung.
Verfeuert nur die Kohle aus **Sieraków** (Zirke)
Kopalnia Węgla Sieraków n. W.
Telephon 29. Telephon 29.
Generalvertreter **A. Raczkowski**
Poznań, plac Wolności 17. Tel. 2812.

Makulatur

weiße starke Bogen
mit Druck, Formate 46×59 u. 59×92
hat abzugeben
Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A.
Zwierzyniecka 6.

Neu, sofort lieferbar:
Deutscher Heimatbote.
Evang. Volkskalender
(Diakonissen-Kalender **1925.**
Jagd-Abreißkalender mit Illustrationen **1925.**
Land-Abreißkalender, illustr. **1925.**
v. Mentzel-Lengerke **landw. Kalender 1925.**
Landfrauenkalender 1925.
Zu beziehen durch die
Versandbuchhandlung der
Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt T. A.
POZNAN, Zwierzyniecka 6

In Poznań? In Poznań?

Passende Weihnachtsgeschenke
kauft man sehr günstig
im Magazin **S. Kaczmarek,** 27. Grudnia 20.

HENRYK ŻAK POZNAŃ

Für den Weihnachtstisch:

Feine Briefpapiere
mit Monogramm- und Wappenprägung.
Alle Bedarfsartikel für
Schreibtisch und Büro

Papierodruk I. Z. O. D.
POZNAŃ-ALEJE MARCINKOWSKIEGO 6.
früher **GOLDBERG** Nast.

Papierhaus - Werkstätten für Buch- u. Steindruck
Alleinvertrieb der „Continental"-Schreibmaschine

Nur noch 14 Tage bis Weihnachten!

Jeder **einsichtige Geschäftsinhaber** wird die günstige Gelegenheit der

Anpreisung von Geschenkartikeln

im weit verbreiteten

Posener Tageblatt

(verbunden mit Posener Warte)

für das bevorstehende **Weihnachtsfest** sicher nicht unbenützt vorübergehen lassen! Bekanntlich ist vor dem Fest ein großer **Bedarf an Artikeln aller Art.**

Die zahlreichen Leser unserer Zeitung heißen jede Anregung willkommen und kaufen erfahrungsgemäß dort, wo sie Geschenkartikel preiswert angezeigt finden. Säume daher niemand, **rechtzeitig vor dem Fest im Posener Tageblatt** zu inserieren!

Die Geschäftsstelle.

Ein kompletter
Dampfdreschsatz
Garret Sohns, 54 zl., in sehr gutem Zustande — und ein fast ganz neuer
Dampfdreschkasten
Lan. 60 zl. sind gleich für annehmbaren Preis zu **verkaufen.** Anzeb. unt. **£ 1480** an die Geschäftsst. ds. Bl. erb.

Wolfshund
namens **Tell** verloren gegangen. Gegen Belohnung abzugeben bei
Schenk, Małeckiego 33.

Klavier
zum Ueben gesucht. Angeb. unt. **1484** an die Geschäftsst. ds. Bl.

Zwei **möbliert. Zimmer**
Nähe d. Botanischen Gartens, zum 15. Dezember J. zu vermieten. Anzeb. unter **1354** an die Geschäftsstelle des Bl. erbeten.

Junges Ehepaar sucht
möbliertes Zimmer
von sofort, möglichst Zentrum. Gefl. Off. unt. **1472** an die Geschäftsst. des Blattes erb.

Spielplan des Großen Theaters.

Donnerstag,	den 11. 12.:	**„Aida".**
Freitag,	den 12. 12.:	**„Legenda Bałtyku",**
Sonnabend,	den 13. 12.:	**„Madame Butterfly".**
Sonntag,	den 14. 12.: nachm.	**„Boccaccio".**
Sonntag,	den 14. 12.: abends	**„Cavalleria Rusticana" und „Bajazzo",**
Montag,	den 15. 12.	**„Legenda Bałtyku".**

Volksunterhaltung.

Sonntag, den 14. Dezember, 4 Uhr im gr. evangelischen Vereinshaussaal

Krippenspiel

Karten zu 30 Groschen an der Kasse.

Das Bittglöcklein

muß in diesem Jahre bei der anwachsenden Teuerung zum heiligen Advent besonders stark erklingen! Es ergeht wieder an meine lieben Freunde und Gönner der Anstalt und solche, die es werden wollen, der dringende Bittruf: **Kommt und helfet den 80 verwaisten, verkrüppelten, blinden oder taubstummen Kindern** und den **70 Alten** im **Altersheim;** sie haben nichts als ihr nacktes Leben! Helfen Sie alle, den Bedauernswerten den **Weihnachtstisch** zu bereiten, damit auch sie einen Lichtschein der Freude zum Feste haben!

Jede freundliche Gabe wird mit dankbarem Herzen entgegengenommen.

Pfarrer Oswald Jost in Pleszew
Postscheckkonto Poznań Nr. 201 327.

„Pilsner Tageblatt"

in **Pilsen, Kowářska 4** ist die einzige deutsche Tageszeitung in Westböhmen, zählt zu den wohlinformiertesten Blättern, da selbe überall bewährte Berichterstatter unterhält. Zufolge des Umstandes, daß das „Pilsner Tageblatt" über einen Leserkreis verfügt, welcher sich aus Großindustriellen, Kaufleuten, Gewerbetreibenden, Beamten, Lehrern usw. des industriereichen Westböhmen, Südwest- und Nordwestböhmen zusammensetzt, eignet sich dieses ganz besonders zu Insertionszwecken. Mit den großen böhmischen Weltkurorten steht selbes in inniger Verbindung. Bezugspreis für Polen bloß 11 Kč. pro Monat.

Wollene
Damen-
Jacken
Westen
Kostüme
Kleider
Jümper
Wollene
Kinder-
Kleider
Sweater
Mützen
S. KACZMAREK,
POZNAŃ, ul. 27. Grudnia 20

Andacht in den Gemeinde-Synagogen.
Synagoge A
Wolnica.
Freitag, abends 4 Uhr
Sonnabend, morgens 7½ Uhr vormittags 10 Uhr, nachm. 4 Uhr Mincha m. Jugendandacht u. Predigt.
Sabbatausgang 4 Uhr 41 Min.
Werktägl. morgens 7 Uhr mit anschl. Lehrvortrag abends 4 Uhr.
Synagoge B
(Israel. Brüdergemeinde).
Ulica Dominikańska.
Freitag abends 4 Uhr
Sonnabend vormittags 10 Uhr.

Junges, gebild. **Mädchen,** aus besserer Familie, möchte gern auf größerem Gute die
Wirtschaft
erlernen. Kann auch Kindern **Nachhilfestunden** erteilen u. die Schularbeiten beaufsichtigen. Gefl. Angeb. unt. **F. 1500** a. d. Geschäftsst. d. Blattes erb.

Neu! Neu!
Sofort lieferbar!
Zur Anschaffung empfehlen wir:
Ebner, Die Befugnisse,
Eckstein, Das Kaninchen,
dto. Kiefern- oder Forleule,
dto. Der Kiefernspinner,
dto. Die Nonne,
Junack, Durchforstung der Kiefer,
Junack, Die Kiefernschütte u. ihre Bekämpfung,
Nebmann, Der Anbau von Wallnußbäumen,
Schwappach, Forstdüngung,
Wolff, Der Eichenmehltau,
dto. Merkblätter der Gesellschaft für Raubkunde,
Raubvogel-Merkblatt,
Rehabschuß-Merkblatt,
Hasenabschuß-Merkblatt,
Rebhuhnabschuß-Merkblatt,
Wilderer-Merkblatt,
Dombrowski, Die Birsch auf Rot-, Dam-, Reh- und Schwarzwild,
Das Rebhuhn und seine Jagd,
Gottschalk, Der Jagdfasan,
Czynk, Das Auerwild, seine Jagd,
Satzungen und Schießregeln,
Linke, Anleitung zum Bau von Teichanlagen,
Praktische Anleitung von Fischzucht in Teichen,
Tod den Fischfeinden,
Walter, Schleienzucht,
Schubert, Der Bau der Eisteller,
Voigt, Kurze Anleitung zum Betriebe der Rindviehzucht,
Sage, Kurzer Leitfaden für Geflügelzucht,
Möschke, Die Erdbeere,
Wendisch, Praktische Anleitung zum Spargelbau,
Versandbuchhandlung der
Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A.
Poznań, ulica Zwierzyniecka 6.

Puppen
werd. gut u. bill. **repariert.**
Bocconi, Poplinskich 6.